

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 19

Artikel: Der Stand des Internationalismus
Autor: Révész, László
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunistische Weltbewegung und Sowjetlager

Die Vorgeschichte

Wie präsentiert sich die internationale kommunistische Bewegung vor ihrer nächsten Weltkonferenz? Die Sowjetunion ist stärker als je in der Geschichte. Ihre Domination ist auf fast allen Kontinenten im Wachsen, ihre Mitsprache ist weltweit. Hat sie es angesichts dieser Sachlage leichter oder schwerer, ihren Führungsanspruch gegenüber den regierenden und nichtregierenden Bruderparteien ihrer KPdSU zu behaupten und auszubauen?

Der Internationalismus

Für die kommunistische Bewegung ist der Internationalismus ein Grundprinzip. Wie das Kapital international sei, müsse es auch seine Bekämpfung sein.

Die Grosse Sowjetenzyklopädie (in der Folge mit BSE abgekürzt) hält fest: «Der Internationalismus ist die internationale Einheit des Proletariats im Kampf um die Liquidierung der kapitalistischen Sklaverei und den Aufbau des Kommunismus.» (BSE, russisch, 2. Ausgabe, Bd 18, S. 296)

Laut Lenin (1917) ist der Internationalismus «die hingebungsvolle Arbeit im Dienst von Bewegung und Kampf der Revolution im eigenen Land, die Unterstützung — durch Propaganda, moralische und materielle Hilfe — einer solchen Linie — und nur einer solchen — in allen Ländern ohne Ausnahme.» (BSE, Bd 23, S. 113—115)

Der Leninsche Internationalismus, der heute noch offiziell Geltung hat, ist also für die kommunistisch regierten Staaten tatsächlich eine Verpflichtung zum «Export der Revolution».

Es ist logisch, dass die geforderte Kampfeinheit der kommunistischen Parteien nach Organisation strebt.

Komintern und Kominform

Der erste KP-Zusammenschluss unter Moskauer Führung war die Komintern 1919—1943. Sie entstand durch Spaltung der Sozialdemokratie, der II. Internationale. Nach Lenins Willen sollte die Komintern eine von Moskau aus geführte Weltpartei sein.

Die am zweiten Kongress von 1920 in Moskau beschlossenen Aufnahmebedingungen legten fest, dass die Mitgliederparteien auf der Grundlage des «demokratischen Zentralismus» aufgebaut sein müssten, nicht anders als die führende Partei, die spätere KPdSU.

Das gleiche zentralistische Gebot war auch im Statut zu finden. Die einzelnen Parteien galten lediglich als «Sektionen der Weltorganisation» (Art. 3), deren politische Verbindungen untereinander über das Exekutivkomitee (EKKI) der Komintern zu laufen hatten. Dieses war ermächtigt, sowohl Gruppen und Personen auszuschliessen, die gegen die internationale Disziplin verstiessen, als auch ganze Parteien, die den Beschlüssen der Weltkongresse zuwiderhandelten (Art. 9).

Das war denn auch die Praxis: Ein simpler EKKI-Beschluss löste ohne Berufungsmöglichkeit z. B. 1938 die KP Polens auf. (BSE, Bd 22, S. 205—207; Günther Nollau: «Die Internationale», Köln 1959, S. 72)

Ganze Parteivorstände wurden willkürlich abgesetzt und ersetzt. Das geschah dem Zentralkomi-

tee (ZK) der ungarischen KP 1921 und wieder 1936. Gleichermassen ging man mehrmals gegen die Führungsgremien der rumänischen und der tschechoslowakischen KP vor; sie hatten sich anscheinend nicht genügend bolschewisieren lassen wollen.

Die Aufgaben der Komintern waren in Artikel 1 definiert:

«Die neue internationale Arbeiterbewegung ist geschaffen zur Organisation von gemeinsamen proletarischen Aktionen in verschiedenen Ländern. Die Aktionen bezwecken den Sturz des Kapitalismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur völligen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, der ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.»

1943 wurde die Komintern aufgelöst: Einmal aus Rücksicht auf die Alliierten im Krieg, dann auch wegen der Schwierigkeiten, welche die so eindeutig auf ein ausländisches Zentrum ausgerichteten Mitgliederparteien in ihren Heimatländern hatten.

Die schwedische KP hatte schon 1939 die Auflösung beantragt, aus Protest gegen das sowjeti-

sche Bündnis mit Hitler und dem gemeinsamen Ueberfall auf Polen. Uebrigens erfolgte dann die Preisgabe der Komintern statutenwidrig aber stilschlecht durch einen Beschluss des 12köpfigen EKKI-Präsidiums.

Am sowjetischen Führungsanspruch änderte die formwidrige Formalität ohnehin nichts, obwohl nun die Weltbewegung vier Jahre lang kein offizielles Zentrum mehr hatte.

Indessen wünschte Moskau weiterhin die internationalistische Legitimation zu seinem Machtwort. Auf sein Betreiben stellten im September 1947 einige KP-Vertreter das sogenannte Informationsbüro (Kominform) auf, um die Koordination zwischen den Parteien zu verbessern. Es sollte bis zum April 1956 bestehen. Ihm gehörten alle regierenden Parteien an, ferner die französische und italienische KP.

Ein Statut besass das Kominform nicht; es wurde direkt von Moskau aus regiert. Die Mitgliederparteien wurden nach der Gründungsversammlung nur noch einmal einberufen: zum Ausschluss der jugoslawischen KP 1948.

Im Kominform gab es nur einen Willen, jenen von Moskau, nur ein Parteimodell, das sowjetische, nur eine Linie, die der gerade massgebenden Sowjetführer. Opposition (einschliesslich der bloss potentiellen oder vermuteten) wurde dort liquidiert, wo man die Macht dazu hatte, und sonst als Werk der Feinde entlarvt.

Was dabei so der Ton war, zeigt der Jugoslawien-Erlass von 1949:

«Im Zusammenhang mit den unbestrittenen Tatsachen, die beweisen, dass sich die Tito-Clique endgültig dem Faschismus zugewandt hat und ins Lager des internationalen Imperialismus desertiert ist, erklärt das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien:



Komintern-Kongress vom März 1919 in Moskau. Neben Lenin am Präsidiumstisch sieht man (rechts auf dem Bilde) den später in der UdSSR verschollenen Schweizer Fritz Platten.

Prof. Dr. med. Hans Binder

Probleme der Wirklichkeit

Von der Naturwissenschaft zur Metaphysik

Der Autor stellt die Grundlagen der Wirklichkeit dar, wie sie sich aus den Erkenntnissen der Naturwissenschaften ergeben. Die Frage nach den metaphysischen Hintergründen steht im Zentrum der Abhandlung, wobei der Mensch als Bezugspunkt bewertet und charakterisiert wird.

1975. 382 Seiten, geb. Fr. 63.—

Prof. Dr. Ernst Frauchiger

Auf Spuren des Geistes

Ein Neurologe mit Ludwig Klages und Teilhard de Chardin

Nichts ist so faszinierend wie die Geschichte der Menschheit. Wo hat sie begonnen? War der Mensch von Anfang an ein Wesen, das denken konnte? Wie hat man sich seine Entwicklung, seine Entfaltung vorzustellen? Was unterscheidet ihn von höherentwickelten Tieren? Das Grundgerüst des neuen Buches des Autors bilden Erkenntnisse aus Studien über vergleichende Neurologie, aus der Hirnforschung und über den Wesensunterschied zwischen Mensch und Tier. Wie durch einen Rahmen wird das europäische, rationale Denken von Weisheitsworten aus dem Fernen Osten umschlossen, wobei die indische Samkhya-Philosophie das Kernstück bildet. Es handelt sich um eine neue Anthropologie mit kosmisch-universaler Schau. Zusammenarbeit von Hirnforschung und Astrophysik. Nach Ansicht des Verfassers sind wir in einen neuen Aeon der Erdzeitgeschichte — ins Quintär — eingetreten, worin das Suchen nach den Wirkkräften des Geistes dringliche Aufgabe für Berufene wird. Das Buch ist also ein Aufruf!

1974. 232 Seiten, Frontispiz, geb. Fr. 25.—

In Ihrer Buchhandlung erhältlich

Verlag Hans Huber
Bern Stuttgart Wien

1. Die Spionagegruppe von Tito, Rankovic, Dardelj, Djilas (...) ist Feind der Arbeiterklasse und des Bauerntums, Feind der Völker Jugoslawiens.

2. Diese Spionagegruppe drückt nicht den Willen der Völker Jugoslawiens aus, sondern den Willen der anglo-amerikanischen Imperialisten. Sie hat die Interessen des Landes verraten, die politische Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Selbständigkeit Jugoslawiens liquidiert.

3. Die KPJ ist in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten. Sie hat in ihrer heutigen Zusammensetzung das Recht verloren, sich KP zu nennen.

Das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien betrachtet daher den Kampf gegen die Tito-Clique, gegen die gedungenen Spione und Killer, als Pflicht der kommunistischen und Arbeiterparteien.»

Komintern und Kominform dienten der KPdSU als Führungsinstrument der kommunistischen Weltbewegung. Sie propagierten das sowjetische Modell des Sozialismus und zwangen es den brüderlichen Parteien und Staaten auf.

Chinas Auftritt

Seit 1956 fehlt der internationalen kommunistischen Bewegung ein offizielles Zentrum. Die führende Rolle der KPdSU blieb anerkannt, bis es im Sommer 1963 zum offenen Ausbruch des sino-sowjetischen Konflikts kam.

Theoretischer Koordinationsfaktor in dieser Zeit waren die internationalen Konferenzen, die eine gemeinsame Strategie und Taktik ausarbeiten und die Generallinie bestimmen sollten. Im Sinne der Entstalinisierung lehnte die KPdSU selbst eine «dogmatisch» verstandene Führungsrolle ab, aber keineswegs die Führung als solche. (Chruschtschow auf dem 21. KPdSU-Kongress 1959)

Die Erklärung der 81 Parteien 1960 in Moskau akzeptierte die Handlungsfähigkeit der einzelnen Parteien in der Innenpolitik, aber nur im Rahmen der gemeinsamen Generallinie (Beschluss 1960, Kapitel III). Die KPdSU wurde als allgemein anerkannte Vorhut der Bewegung definiert (Kap. II).

Was die Parteien und Staaten des Ostblocks angeht, so wurden sie der Sowjetführung mit einer indirekten Formel unterstellt, die fast wie eine Vorwegnahme der späteren «Breschnew-Doktrin» über die beschränkte Souveränität anmutet (Kap. IV):

«Die sozialistischen Länder stützen ihre Beziehungen untereinander auf die Prinzipien der vollständigen Gleichberechtigung, der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der andern Staaten. Diese wichtigen Prinzipien erschöpfen jedoch das eigentliche Wesen der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern nicht. Ein untrennbarer Teil ihrer Beziehungen untereinander ist die gegenseitige brüderliche Hilfeleistung (Dadurch) ... kommt der Grundsatz des sozialistischen Internationalismus zum Ausdruck.»

Die Verbindlichkeit des sowjetischen Modells für alle Parteien war im Beschluss nicht direkt enthalten, aber andererseits sagte man sich von diesem Grundsatz auch nicht los. (Die KPdSU betrachtet ihr eigenes Programm noch heute als Muster für die übrigen KP.) Nichtsowjetische Modelle wurden weiterhin verurteilt. Das veranlasste den Bund der Kommunisten Jugoslawiens die (Partei war zur Weltkonferenz nicht eingeladen worden) zum Protest:

«Wir widersetzen uns besonders energisch allen Versuchen, im Kampf gegen ein sozialistisches Land nichtsozialistische Methoden anzuwenden. (...) Die Teilnehmer der Moskauer Beratung nahmen effektiv Stellung für eine einzelne, ganz bestimmte Form der sozialistischen Entwicklung. (...) Die Auffassung, dass solche Beschlüsse für alle verbindlich sind, dass sie in Fortsetzung des ehemaligen Komintern-Exekutivkomitees die Rolle eines leitenden Zentrums spielen könnten, beweist vor allem, dass ihre Verfechter unwissenschaftlich und subjektiv an die Probleme der (...) heutigen Gesellschaft herangehen.»

(«Der BdKJ in der internationalen Arbeiterbewegung 1948—1968», serbokroatisch und ungarisch, Novi Sad 1971)

Von seiten Chinas wurde die führende Rolle der KPdSU dann im Sowjetlager selbst angefochten.



Das Bündnis von Sowjetsozialismus und Nationalsozialismus als Auftakt zum Zweiten Weltkrieg schockierte vorübergehend einige Kommunisten im Westen, so die schwedische KP, was zum sowjetischen Auflösungsbeschluss der Komintern wohl beitrug. Bilder: Molotow (links) unterzeichnet den Pakt mit Ribbentrop, der von Stalin beglückwünscht wird (rechts).

Am ungarischen Parteikongress vom November 1962 sagte der chinesische Vertreter: «Keine Partei darf einer andern ihren Willen aufzwingen.» Selbstredend wurde ihm von den moskau-treuen Delegierten aus aller Welt bedeutet: «Wir halten die Sowjetunion und die KPdSU weiterhin für die leitende Kraft des internationalen Proletariats.» («Nepszabadsag», Budapest, 22. und 25. 11. 1962)

Polyzentristisches Zwischenspiel

Auf die chinesische Herausforderung, die damals noch im Namen eines monolithisch-stalinistischen Weltbildes erfolgte, reagierte die KPdSU selber mit der Formel «Selbständigkeit und Gleichheit aller Bruderparteien» (Communiqué des Konsultativtreffens vom März 1965 in Moskau), um sich vom chinesischen «Dogmatismus» abzuheben.

Das war nicht wörtlich gemeint, förderte aber doch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bewegung. Die Entwicklung nahm nun Richtung auf einen Polyzentrismus, der Moskau nur in Grenzen genehm war. Die von der KPdSU kontrollierten Parteien versuchten, die Unabhängigkeit der einzelnen Parteien mit der Moskauer Führungsfunktion in Einklang zu bringen. In den osteuropäischen Staaten machte man einen feinen Unterschied. Die erneuerten Parteistatuten sprachen von der Gleichberechtigung souveräner Staaten, unterliessen es aber, das Prinzip auf die Partei zu übertragen, die nach eigener Definition den Staat leitet und kontrolliert. Also: Der Staat ist souverän, bloss seine Führung ist zur Gefolgschaft gegenüber der KPdSU verpflichtet. So etwa die Einleitung zum SED-Statut von 1963: «Die SED ist ein fester Bestandteil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Im Geiste des proletarischen Internationalismus festigt sie die brüderliche Verbundenheit mit der KPdSU, der Vorhut der kommunistischen Weltbewegung.»

Aber im Falle Rumäniens begann ab 1964 doch der «nationale Weg». Den ersten Schritt stellte eine «Standpunkterklärung» dar, die das ZK im April 1964 verfasste:

«Die strenge Einhaltung der Prinzipien der Gleichberechtigung aller marxistisch-leninistischen Parteien und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Parteien (...) ist eine wesentliche Voraussetzung zur Lösung (...) aller Fragen. (...) Es darf keine Partei in der Rolle des Vaters und keine Partei in der Rolle des Kindes geben, keine höhergestellte und keine untergeordnete Partei. (...) Keine Partei darf ihre Linie und ihre Ansichten einer andern Partei aufzwingen. (...) Keiner einzigen Partei ist es gestattet, über die Parteiführung des einen oder des andern Landes hinwegzugehen, und noch weniger ist es gestattet, zur Beseitigung oder Aenderung in der Führung einer Partei aufzuzurennen.»

(«Neuer Weg», Bukarest, 26. 4. 1964)

Dieser Auffassung von Souveränität auch auf Parteiebene blieb Rumänien in der Folge treu, auch als später im sowjetischen Lager die polyzentristischen Missverständnisse ausgeräumt wurden.

Moskau seinerseits strebte schon 1963 eine neue kommunistische Weltkonferenz an, um eine Ge-

nerallinie theoretisch im Sinne der «sowjetischen Erfahrungen» und praktisch im Interesse der staatlichen sowjetischen Hegemonialpolitik auszurufen zu lassen. Das sollte erst 1969 verwirklicht werden, nach umständlichen Vorbereitungen und teilweise öffentlich geführten Diskussionen. Die Teilnehmerzahl ging von 81 Parteien 1960 auf 68 zurück.

Inzwischen (wie auch späterhin) veranstaltete man regionale Treffen: für Lateinamerika 1964 in Havanna, für Westeuropa 1966 in Brüssel, für Gesamt Europa 1967 in Warschau und Karlsbad usw. Arabische Kommunistentreffen kamen 1964 und 1967 zustande, aber eine gesamtasiatische Konferenz unterblieb; China hätte seinen Einfluss zu stark geltend machen können.

Die jeweiligen Communiqués verzichteten darauf, von der KPdSU als Vorhut zu sprechen. Aber auch so bewog die faktische organisatorische und politische Führungsrolle der Sowjets hin und wieder einzelne Parteien, die gemeinsame Entschliessung nicht zu unterzeichnen. Die rumänische KP missbilligte die regionalen Konferenzen überhaupt und befürwortete statt ihrer bilaterale Kontakte nach laufendem Bedarf. («Neuer Weg», 1. 3. 1967)

Das Hauptdokument der Weltkonferenz von 1969 übte Mehrdeutigkeit. Es sprach sowohl von den «Prinzipien des proletarischen Internationalismus» und der «gegenseitigen Unterstützung» (diese Wendungen hatten auch zur Legitimierung der Invasion in die CSSR 1968 gehört) als auch von «Gleichberechtigung» und «Nichteinmischung». Bemerkenswert die Versicherung, dass unter den Parteien *insbesondere die Bedeutung der freiwilligen Koordination ihrer Aktionen zunimmt* (Informationsbulletin der Sowjetbotschaft in Wien/IB, Nr. 11—15/1969). Die Existenz der nichtfreiwilligen Koordination wird damit ja unbefangenen vorausgesetzt.

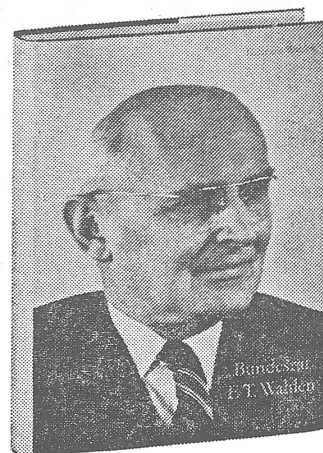
Schon die Vorbereitungen zur Weltkonferenz hatten gezeigt, dass die Sowjets keinesfalls auf ihre Führungsrolle zu verzichten gedachten. Das führte am Budapester Konsultativtreffen vom Februar 1968 sogar zum Auszug der Rumänen unter Protest.

Andere Parteien nahmen in ideologischen Fragen gegen die Moskauer Linie Stellung, was die Schwächung der bis 1956 eisernen Parteidisziplin aufzeigte. Der schwedische Parteichef sprach sich für ein Mehrparteiensystem auch im Sozialismus aus, da es schlecht angehe, den Pluralismus nur unter kapitalistischen Verhältnissen zu befürworten. Das Programm der KP Schwedens verzichtete auf Begriffe wie «Diktatur des Proletariats» und «demokratischer Zentralismus»; den Parteimitgliedern dürfe keine Meinung von oben vorgeschrieben werden. (IB, Nr. 12/1967)

Die Sowjetführung nahm solche Tendenzen wohl oder übel zur Kenntnis, ohne sie freilich gutzuheissen. Ein «Prawda»-Artikel vom 28. 11. 1965 zeigt das recht gut: Nach einigen Floskeln über die «grundsätzlichen» Gleichberechtigung der Parteien, die bei der Gelegenheit gleich als «nationale Sektionen der Arbeiterbewegung» eingegliedert werden, kommt das grosse Aber:

«Indessen ist die kommunistische Bewegung nicht einfach die Summe der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder. Sie ist eine Einheitsbewegung mit einer gemeinsamen Ideologie (...), einheitlichen politischen und or-

Aus dem Bücherangebot der VDB



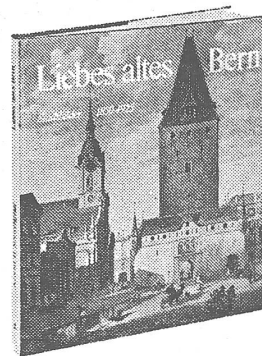
Bundesrat F. T. Wahlen

Biographie von Hermann Wahlen

Auf 232 Seiten, im Grossformat 17×24 cm, schildert Hermann Wahlen das Werden und Wirken dieses Staatsmannes vom Emmentaler Bauernbuben zum Bundesrat. Sein Anbauwerk im Krieg, seine Tätigkeit im FAO und im Gremium der 3 Weisen in der Jurafrage sind darin fesselnd geschildert.

Geschenkband in Mattleinen mit Farbprägung und 9 Photos.

Fr. 36.—



Liebes altes Bern

Stadtbilder von 1850 bis 1925, ausgewählt und kommentiert von A. H. Schwengeler. 96 Bildseiten zweifarbig, mit 16 Seiten Text, Panorama und vierfarbigem Vorsatzblatt und farbigem Umschlag.

Fr. 39.80

**Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.
Buchverlag Verbandsdruckerei AG Bern**

László Révész

Kommentar zum Statut der KPdSU

Als Manuskript gedruckt. Format DIN A 4 mit Schub. 1973, 890 Seiten, laminiertes Paperback, 98.-, ISBN 3-85913-068-4

Die grundlegende Bedeutung des Statuts ergibt sich daraus, dass die Verfassung der UdSSR der kommunistischen Einheitspartei die Leitung von Staat und Gesellschaft überträgt. Das Statut gibt darüber Auskunft, wie die KP alle Gebiete des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens leitet und überwacht. Ohne Kenntnis des Parteistatuts ist das Funktionieren eines kommunistisch regierten Staates nicht verständlich. Wenn das Statut der Schlüssel für das Verständnis der Sowjetunion ist, so stellt Révész' Kommentar wiederum den Schlüssel zum Statut dar.

(Spezialprospekt auf Anfrage.)

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

ganisatorischen (!) Prinzipien und einheitlicher Zielsetzung.»

Gleichzeitig gaben sich die Sowjets entrüstet, wenn Mitspieler oder gar Nichtspieler die geforderte Disziplin beim Namen nannten. Die Behauptung der imperialistischen Kritik (gemeint war auch die brüderliche Kritik z. B. der Chinesen), wonach die kommunistische Bewegung (Moskauer Observanz; eine andere gibt es nicht) eine Kaserne ohne Demokratie und Diskussion bilde, sei entschieden zurückzuweisen. So die «Prawda» vom 26. 2. 1968, kurz vor dem sowjetischen Abwürgen des «Prager Frühlings».

Die Invasion der CSSR machte auf jeden Fall klar, dass die RGW-Mitglieder sich wiederum als Satelliten zu betrachten hatten. «Hübsch» ist da ein Votum Kaders anlässlich der Moskauer Beratung von 1969:

«Die richtige, prinzipielle Einstellung zur Sowjetunion ist die wichtigste Frage unserer Einheit, des Internationalismus und der Geschlossenheit aller antimperialistischen Kräfte.» (IB, Nr. 11—15/1969.)

Hier identifizierte also Kadar die KPdSU mit dem Sowjetstaat. Und der bulgarische Parteichef Schiwkoff bezeichnete bei gleicher Gelegenheit die Einstellung zur KPdSU und zur UdSSR als Prüfstein dafür, ob eine Partei, eine Bewegung oder eine Person wirklich revolutionär sei.

Zehn Monate nach der Besetzung der Tschechoslowakei gab am Moskauer Treffen die Souveränitätsfrage zu reden. Die These, wonach ein sozialistischer Staat seine Souveränität nicht dazu beanspruchen dürfe, sich vom Sozialismus abzuwenden, würde u. a. von der italienischen und der australischen KP abgelehnt. Aber eigentlich nur deshalb, weil im Falle der CSSR die sowjetischerseits behauptete Abkehr vom So-

zialismus zu bezweifeln war. Der Vertreter der KP von Réunion erinnerte in diesem Zusammenhang an die früher auch sowjetischerseits vorgebrachte These, es gebe in den sozialistischen Ländern keine (interne?) Möglichkeit mehr, den Kapitalismus zu restaurieren. Woher solle da plötzlich in einem sozialistischen Land die Gefährdung des Sozialismus kommen? (IB, Nr. 11—15/1969)

Die Gegenwart

In den siebziger Jahren stieg die Zahl der regionalen KP-Konferenzen noch an. Zwischen 1970 und 1974 gab es 30 internationale Treffen, und an bilateralen Gesprächsrunden zählte man gar über 600 im Jahre 1973 allein. («Die internationale kommunistische Bewegung; Umriss von Strategie und Taktik», russisch, Moskau 1974, S. 529)

Seit 1973 sucht das Sowjetlager eine neue Weltkonferenz einzuberufen, um die Einheit der Bewegung zu festigen. Zur Vorbereitung dienen wiederum Treffen von kontinentalem oder teilkontinentalem Ausmass, und diesen ihrerseits gehen zahlreiche Sitzungen von «Redaktionskommissionen» voraus. Der Idealfall einer Konferenz ist offenbar diejenige, an der nichts Unerwartetes gesagt oder gemacht wird.

Im Juni 1975 kam es zur lateinamerikanischen Konferenz in Havanna und im Juni 1976 zur europäischen in Ostberlin. Die Kommunisten von acht arabischen Ländern (Algerien, Irak, Jordanien, Libanon, Marokko, Sudan, Syrien und Ägypten) hatten schon im April 1975 getagt. «Eurokommunistische» Probleme beschäftigten sie nicht. Hauptanliegen war die Rückführung Ägyptens auf den progressiven Weg und die Verwerfung der «Kapitulationslösungen», die man dem Sadat-Regime anlastete. (IB, Nr. 7/1975)

Doch ist es keineswegs so, dass «dafür» etwa in den Schlussdokumenten von Havanna und Ostberlin die Problematik des eigenen sozialistischen Lagers behandelt wäre. Beide Texte sprechen im internationalen Bereich eigentlich nur vom Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und multinationale Mo-

nopole. Selbständigkeit und Souveränität der einzelnen Staaten wurde zwar gebieterisch verlangt, aber ohne jede Anspielung darauf, dass sich diese Frage auch und gerade für die Länder des eigenen Modells stellt.

Allerdings gibt es eben in der Frage des sozialistischen Modells einen sozusagen atmosphärischen Unterschied zwischen den beiden Texten. Kuba ist von den 24 teilnehmenden Parteien Süd- und Mittelamerikas mit jenem unbelasteten Enthusiasmus gefeiert worden, der früher in Resolutionen dieser Art der UdSSR gegolten hatte («leuchtendes Symbol der revolutionären Einheit, des nationalen und internationalen Bewusstseins, des Aufstiegs von Kultur und Moral» usw. in dieser Tonlage). Die Vorbildlichkeit des kubanischen Sozialismus für Lateinamerika ist uneingeschränkt bejaht worden. (IB, Nr. 13/1975)

Das hat übrigens seinen Teil an Paradoxie und Anachronismus. Das «kubanische Modell» ist in seinen letzten Resten ausgerechnet im gleichen Jahr 1975 dem sowjetischen Modell geopfert worden, nachdem das Land schon seit 1968 immer mehr aussenpolitisch auf Moskau ausgerichtet worden war. Zum «lateinamerikanischen» Exempel ist Kuba also — bemerkenswerterweise, aber vielleicht von etlichen Teilnehmern un bemerkt — nach erfolgter Satellisierung durch die UdSSR avanciert.

Die Sowjetunion selbst ist an der Europakonferenz von Ostberlin nicht ohne Zurückhaltung gelobt worden; zur Bejahung ihres Modellcharakters reichte es im Schlussdokument nicht. Moskau europäische Imagebedürfnisse hätten das ebensowenig zugelassen wie die rumänisch-jugoslawischen Souveränitätsansprüche und die anderweitigen Autonomiebezeugungen wichtiger westeuropäischer Parteien.

Aber selbst bloss taktische Rücksichtnahmen wären ja nicht vonnöten, wenn sie keine entsprechenden Tendenzen in Rechnung stellen müssten. Zu ihnen gehört das «Testament» von Togliatti, der die Massgeblichkeit der KPdSU durch einen Polyzentrismus ablösen wollte und sich gleichzeitig für eine Liberalisierung des Sowjetstaates aussprach. Solche Dinge gehören heute zum Selbstverständnis oder wenigstens zur Selbstdarstellung des «Eurokommunismus».



Breschnew bei Castro 1975. In Lateinamerika nimmt sich die kommunistische Bewegung Kuba zum offiziellen Vorbild, das seinerseits völlig sowjetisiert worden ist.

Geelhaar: Teppiche und Service nach Mass.

Geelhaar löst alle Ihre
Teppichprobleme: Weil
Geelhaar zum vielseitigen
Teppichsortiment einen

einmaligen Service bietet.
Beides genau auf Ihre
Bedürfnisse abgestimmt.

Geelhaar

W. Geelhaar AG
Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Telefon 031 43 1144

W. Geelhaar AG
Marktgasse 42, 3011 Bern
Telefon 031 22 05 66
Teppich-Showroom
Zweierstr. 35, 8004 Zürich
Telefon 01 39 34 24

Prospekte
Kataloge
Zeitschriften
Bücher
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger
Druck und Verlag AG
Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

Neuerscheinungen K+F-Bildbände 1976



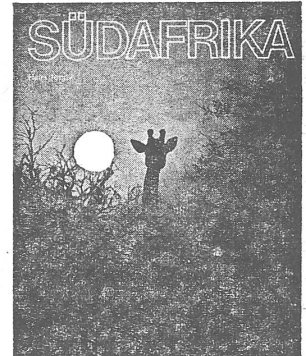
Willi Dolder

Tropenwelt

Fauna und Flora
zwischen den Wendekreisen

240 Seiten, 111 mehrfarbige, 17
einfarbige Bilder, 1 Karte mit Tropen-
zonen, 15 Strichzeichnungen.
Format 24×30 cm, 88.-.

Die Tropen beherbergen die
grossartigsten Tiergesellschaften
unserer Erde. Wildreservate – aus
dem Naturschutzgedanken gebo-
ren – und echte Wildnisse wer-
den in diesem Buch vorgestellt.



Hans Jenny

Südafrika

Land ohne Beispiel

224 Seiten, 125 Farbbilder, 1 phy-
sikalische, 1 politische Ueber-
sichtskarte, 7 thematische Kar-
ten, 5 Kartenskizzen, 7 Zeichnun-
gen, Format 24×30 cm, 88.-.

Das Buch bringt in Text und Bild
eine Gesamtdarstellung der geo-
graphischen, historischen, ethno-
logischen, wirtschaftlichen und
kulturellen Aspekte dieses faszinierenden Landes.



Werner Nigg

Lappland

Vom Polarkreis zum Nordmeer

196 Seiten, 94 Farbbilder, 1 far-
bige Uebersichtskarte, 2 Strich-
zeichnungen. Format 24×30 cm.
78.-.

Einsamkeit und Ruhe, vielfältiges
Vogelleben, Blumenpracht und
herrlichen Beeren, kleine Städte
im weiten Land, buntes Volk mit
Rentierherden – das ist der euro-
päische Norden, das ist Lapp-
land.



Walter Weiss

Kanada

Von Neufundland zum Pazifik

208 Seiten, 97 mehrfarbige, 39
einfarbige Bilder, 12 Kartenskiz-
zen. Format 24×30 cm. 78.-.

Kanada ist unter den industriell
aufstrebenden Ländern aller Kon-
tinenten das weitaus dynamisch-
ste. Hinzu kommen landschaft-
liche Vorzüge, die Kanada für
den Touristen höchst attraktiv
machen.

Neu: Deutsch, Franz., Englisch.
Völlig überarbeitete Neufassung.

Zu beziehen in allen Buchhandlungen oder bei
Kümmerly + Frey, Geographischer Verlag, Bern

Der Eurokommunismus

Die nichtregierenden kommunistischen Parteien beschäftigen sich heute fast alle mehr oder weniger ausgeprägt mit zwei Problemkreisen, die man im Sowjetlager weder richtig diskutieren noch richtig verschweigen kann. Sie bilden zusammen den Inhalt dessen, was man Eurokommunismus nennt. Der erste Problemkreis bezieht sich auf die Führungsrolle Moskaus und ganz allgemein auf das Verhältnis der einzelnen Parteien zum Sowjetlager. Der zweite Problemkreis bezieht sich auf das Modell des Sozialismus für Westeuropa. Schon angesichts der sowjetischen Ansprüche auf die Universalität des eigenen Modells haben beide Problemkreise viel miteinander zu tun.

Sowjetozentrik und Rotationsbremsen

Das Verhältnis zur KPdSU und zur Sowjetunion ist natürlich eine Frage von unmittelbarer politischer Brisanz. Wenigstens in der Potenz. Zur Vermeidung von Illusionen ist aber vorerst einzusehen, dass der Anfechtung Grenzen gesetzt sind, im allgemeinen sogar sehr enge.

Es gibt auch in Westeuropa kommunistische Gruppierungen wechselhafter Zusammensetzung, die in Übereinstimmung vor allem mit der chinesischen Kampfterminologie gegen den sowjetischen Sozialfaschismus frontal ins Feld ziehen. Aber das wirkt nicht repräsentativ und ist überdies ausserhalb der eurokommunistischen Toleranzlimiten angesiedelt. Kleinere Ueberlappungen gibt es noch, zur Hauptsache Restbestände aus der Blütezeit der Neuen Linken in den sechziger Jahren. Unterdessen haben sich diese Kräfte weitgehend entweder eingeordnet oder abgesondert; der kommunistische Antisowjetismus ist in Westeuropa eher ein Kuriosum als eine Kraft.

Auch Eurokommunisten sind für Aktionsfreiheit mit dem Ostblock ...

Alle grösseren kommunistischen Parteien Westeuropas befürworten durchaus die Zusammenarbeit, ja die *Aktionseinheit mit dem Ostblock* und seinen Parteien, insbesondere mit UdSSR und KPdSU. Das ist ein Hauptmerkmal, das ange-

sichts von sonstigen wirklichen oder vermeintlichen Differenzen nicht aus den Augen zu verlieren ist.

Der Fall der niederländischen KP ist hier bloss als Ausnahme zu nennen, welche die Regel bestätigt. Die Partei leitete 1964 eine «Neuorientierung» ein, die sie auf bewussten Kollisionskurs mit Moskau geführt hat. Ihre Zeitung «De Waarheid» nannte etwa (am 15. 3. 1974) die Ausweisung Solschenizyns «das Resultat einer revisionistischen Politik, für die andere Parteien keine Verantwortung auf sich nehmen können». Solche Ablehnung des sowjetischen Funktionsmechanismus selbst findet aber anderswo nicht statt. Im Gegenteil, man fühlt sich mit ihm grundsätzlich nach wie vor brüderlich verbunden.

Das zeigt sich auch in einem andern gemeinsamen Element, nämlich dem deklarierten *Kampf gegen den Antisowjetismus*. Wobei dieser summarisch apostrophierte «Antisowjetismus» auffallenderweise zumeist in einem Atemzuge mit dem «Antikommunismus» genannt wird. Das

entspricht natürlich der Moskauer Lesart, die jeden Angriff auf die sowjetische Politik als Feindschaft zum Kommunismus verstanden haben will.

Es ist nur folgerichtig, wenn die «Prawda» (am 5. 7. 1976 anlässlich der europäischen KP-Konferenz in Ostberlin) die «Isolierung und Bekämpfung des Antikommunismus» als «Kampf gegen jene Kräfte» exemplifiziert, «die wütende Angriffe auf die sozialistischen Länder führen».

... und bekämpfen entschieden den Antisowjetismus

Aber das hat seine westeuropäische Entsprechung. Der Präsident der Luxemburgischen KP, Dominique Urbany:

«Die kategorische Zurückweisung des Antikommunismus in all seinen Formen und seines Hauptteiles, des Antisowjetismus im besonderen, halten wir für eine Voraussetzung dafür, dass es in den kapitalistischen Ländern zu einer wahrhaften und erfolgreichen Aktionseinheit der Kommunisten, Sozialisten, Christen und anderen fortschrittlichen Kräften kommt.» («Neues Deutschland», Ostberlin, 1. 7. 1976)

Der westdeutsche KP-Chef Herbert Mies nannte in Moskau die entschiedene Zurückweisung des Antisowjetismus die Hauptaufgabe des ideologischen Kampfes («Prawda», 3. 3. 1976) und bezeichnete in Bonn den Antisowjetismus als unvereinbar mit der Entspannungspolitik.

Und solche Stellungnahmen beschränken sich keineswegs nur auf Parteien, denen man bedingungslose Sowjettreue nachsagt. In Frankreich macht Georges Marchais immer wieder mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass Gegnerschaft zu Moskau von niemandem zu akzeptieren sei: «Wir kämpfen gegen den Antisowjetismus, woher er auch kommt» («L'Humanité», 28. 1. 1976), was u. a. als Warnung an Volksfrontpartner zu verstehen ist.

Kann Moskau noch mehr wollen? Aber ja, den bedingungslosen Prosojetismus

Moskau selbst verlangt freilich noch etwas mehr, nämlich unbeirrbares Prosojetismus:

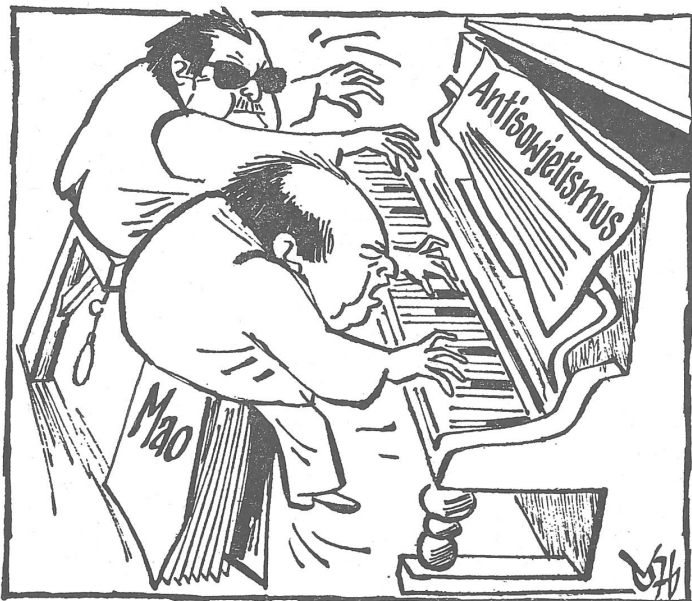
«Die Solidarität mit der Sowjetunion und der KPdSU ist und bleibt der Prüfstein für den Internationalismus einer jeden Partei, eines jeden sozialistischen Staates.»

So heisst es in einem zentralen Lehrwerk, das vom Philosophie-Institut an der Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde. («Theoretische Fragen des proletarischen Internationalismus», russisch, Moskau 1972, S. 55—56)

Mit diesem Anspruch haben sich die Sowjets wieder bei ihren osteuropäischen, mongolischen und kubanischen Partnern durchgesetzt, wobei Rumänien die Ausnahme bildet.

Mao und Strauss spielen zum Antisowjetismus auf. («horizont», Ostberlin, Nr. 13/1976)

Die Macht mit dem militantesten Antisowjetismus der Welt ist China, ein kommunistisches Land. Für den «Eurokommunismus» besteht ein Dilemma: Er hat den «Kampf gegen den Antisowjetismus» auf seine Fahnen geschrieben und versichert gleichzeitig, er wolle mit allen Bruderparteien solidarisch sein und mit ihnen allen den Kampf gegen den Imperialismus führen. Aber wenn der Kampf der grössten Bruderpartei (der KP Chinas) gegen den Imperialismus der UdSSR geht, was dann?



Aber ausserhalb des Sowjetlagers? Hier haben sich generell die Bekundungen bedingungsloser Gefolgschaft von der Ersten auf die Dritte Welt verlagert. So sagte der angollesische Ministerpräsident vor dem sowjetischen Fernsehen:

«Die Geschichte der Menschheit beweist, dass kein Land den Sozialismus ohne die Hilfe der Sowjetunion erbauen kann.» («Prawda», 19. 5. 1976)

Uebrigens eine kompetente Aussage darüber, dass die MPLA-Ordnung in Angola ausschliesslich dem sowjetischen Eingreifen zu verdanken ist. Natürlich stellt sich im Falle von Angola (und Mozambique, Somalia, Kongo-Brazzaville, Südjemen...) die Frage, wieweit diese Länder politisch noch der Dritten Welt zuzuordnen

sind, nachdem sie de facto zum Machtbereich des Sowjetlagers gehören.

Das sind Eindeutigkeiten. Für die kommunistischen Parteien in den westlichen Industrieländern (in seinen inhaltlichen Vorstellungen hört der Eurokommunismus nicht an den Grenzen des Kontinents auf) geht es hingegen darum, wie die Aktionseinheit mit der UdSSR mit der Unabhängigkeit von der Sowjetführung zu vereinbaren ist, da diese ja ihrerseits die Aktionseinheit nur in Gefolgschaftstreue zu ihr selbst versteht.

Der polyzentristische Kompromiss: Unabhängigkeit der Parteien in Solidarität mit der KPdSU

Hier ist daran zu erinnern, dass von den betreffenden Parteien selbst kein Gegensatz postuliert wird, im Gegenteil. Die italienische KP hatte schon in ihren polyzentristischen Anfängen, an ihrem Parteitag von 1960, erklärt:

«Die Selbständigkeit jeder Partei ist die Bedingung ihrer politischen Entwicklung. Sie widerspricht der proletarischen Solidarität nicht, sondern fördert sie vielmehr.»

(«Die Programmdokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern Europas», russisch, Moskau 1960, S. 235 ff)

Im gleichen Jahr nahm dann die Moskauer Weltkonferenz unter Zustimmung auch der italienischen Delegation den Grundsatz der sowjetischen Führungsrolle für die internationale kommunistische Bewegung an. Zusammen ergab das Unabhängigkeit unter Moskauer Führung.

Ein solches schlagseitiges Sowohl-als-auch kommt heute in unterschiedlicher Gewichtung wiederum zum Ausdruck. In einem Interview für die sowjetische Zeitschrift «Kommunist» (Nr. 7/1976) sagt der Generalsekretär der KP Kanadas:

«Es ist klar, dass jede kommunistische und Arbeiterpartei selbständig und souverän ist. (...) Jede Partei lernt von den andern Parteien, und alle Parteien lernen von der KPdSU.»

Das ist in der Tat «klar». Die Zeiten der Vaterpartei und Kinderparteien sind vorüber; es lebe die Zeit der Lehrpartei und der Schülerparteien.

Die mögliche Spannweite des aktionsgemeinschaftlichen Fächers zeigt das abgrenzungswilligere Votum auf, das KPI-Chef Enrico Berlinguer diesen Sommer an der europäischen KP-Konferenz nach Ostberlin abgegeben hat:

«Unserer Meinung nach müsste uns die Erfahrung lehren, dass die gegenwärtige Situation der internationalen Arbeiterbewegung verlangt, überholte Methoden nunmehr aufzugeben. Wir wissen nicht, ob diese Einschätzung von den Genossen aller hier vertretenen Parteien geteilt wird, aber wir wollen ehrlich sagen, dass sie für uns feststeht.»

Zum Internationalismus als Wesenszug der Kommunistischen Partei sagte Berlinguer:

«Das bedeutet, sich als Mitstreiter und Protagonist zu fühlen in der Aktion, die im eigenen Lande und im internationalen Massstab entfaltet wird, in der gesamten Bewegung der Werktätigen und ihren Völkern.» («Prawda», 3. 7. 1976)

Das schliesst die Türe zu den (Kommando-) Strukturen des organisierten Internationalismus nicht gerade zu, öffnet aber eine Türe zur Auf-

Unabhängigkeit im Internationalismus gibt es doch gar nicht

«Keine Partei, die im Klassenkampf steht, kann von sich behaupten, dass sie den Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes allein führt. Ist es überhaupt vorstellbar, dass dieser oder jener Bestandteil der revolutionären Arbeiterbewegung seine revolutionären Aufgaben erfüllen könnte ohne die Existenz der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung? (...) Die Internationalisierung des Klassenkampfes geht mit der Zeit nicht zurück, sondern nimmt vielmehr weiterhin zu.»

Ivan Hlivka und Michael Stefanek: «Der proletarische Internationalismus — Grundsatz der internationalen kommunistischen Bewegung», ungarisch, «Uj szoz», Bratislava, 17. Juli 1976.

fassung, dass man durch Selbsteinschätzung hinreichend als Mitglied der internationalen Bewegung legitimiert ist. Aber da könnte ja jeder kommen, sagt man sich in Moskau, sogar das antisowjetische Element.

Die kommunistische Mitte Westeuropas in dieser Frage lässt sich vielleicht mit dem Slogan «Unabhängigkeit und Solidarität» zusammenfassen. Zum Exempel kann das britische Votum auf dem 25. KPdSU-Kongress 1976 dienen:

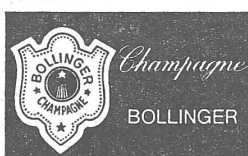
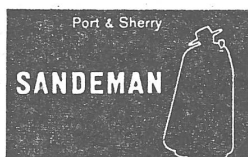
«Die Unabhängigkeit und Souveränität jeder kommunistischen Partei und die Solidarität aller kommunistischen Parteien untereinander in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus: das sind die Hauptgrundlagen der gegenseitigen Beziehungen. (...) Unsere Solidarität und die gemeinsamen Aktionen mit Ihrer Partei (KPdSU) und mit den übrigen brüderlichen Parteien werden unverändert und in vollem Umfang in unserem gemeinsamen Kampf zum Ausdruck kommen.» («Prawda», 2. 3. 1976)

Die Vereinbarkeit am unmöglichen Beispiel

Die beiden Elemente scheinen hier ganz gut vereinbart — solange man nicht z. B. die Frage stellt, ob die antiimperialistische Solidarität aller Parteien auch der KP Chinas in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Imperialismus gilt. Ist die Solidarität mit der KPdSU denn anders als exklusiv zu haben?

Akzentverschiebung je nach Auditorium

Die ausgewählten Zitate zeigen schon, dass die meisten kommunistischen Führer Westeuropas (und weiterer industrialisierter Länder des Westens) heute nach einer Formel suchen, um den eigenen Mitbürgern ihre Unabhängigkeit von den Ostblockparteien darzutun, jene aber gleichzeitig ihrer Solidarität und ihrer Treue zum Prinzip des proletarischen Internationalismus zu versichern. Man erstrebt hier sozusagen eine «dialektische Einheit von zwei einander widersprechenden Konzepten», um in der ideologischen Terminologie zu reden. Dabei fällt oft eine Akzentverschiebung auf: Als Gast im Sowjetlager legt man das Hauptgewicht auf Solidarität und Aktionseinheit, in den jeweiligen Heimatländern aber auf die Unabhängigkeit. Die Einheit (Unità) der Wahrheit (Prawda) ist dialektisch zu verstehen.



Vertrieb:
Berger Bloch AG
3550 Langnau

Modell oder Modelle des Sozialismus

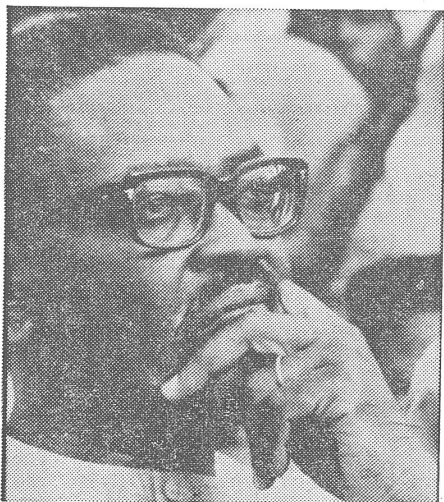
Die Anerkennung oder Ablehnung des sowjetischen Sozialismusmodells kann an sich mehr Varianten enthalten als die Anerkennung oder Ablehnung des sowjetischen Führungsanspruches in der Weltbewegung. Uebrigens müssen die Antworten auf die beiden Fragen nicht unbedingt analog ausfallen. Das sieht man an der Praxis einer regierenden Partei. Rumänien, das möglichst viel staatliche Souveränität zu behaupten sucht, steht in der internen Machtausübung näher beim Sowjetsystem als Polen oder Ungarn, die in der internationalen Politik als Satelliten Moskaus funktionieren.

Sowjetmodell und Universalität

Die Systemfrage lässt sich unter westlichen Kommunisten schwerlich sine ira et studio behandeln, solange die Verbindlichkeit des sowjetischen Modells nicht abgeklärt ist. Oder «die universelle Natur der sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus», wie es im Sprachgebrauch der Supermacht heisst.

Nach Moskauer Darstellung ist das sowjetische Modell allgemeingültig; ohne Abstützung auf KPdSU und UdSSR gibt es keinen Sozialismus. Das ist die «objektive Gesetzmässigkeit des sozialistischen Aufbaus» der Theorie. Und das ist die innenpolitische Gleichschaltung der Praxis, die man gegebenenfalls auch mit Waffengewalt garantiert (Ungarn 1956, CSSR 1968).

Unter den sozialistischen Ordnungsmerkmalen von universeller Gültigkeit zählte der sowjetische Politologe I. Polemow als «grundlegende Prinzipien» u. a. auf: die führende Rolle der KP, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, die zentralisierte Planung und den Aus-



MPLA-Chef Agostinho Neto ist der geäusserten Ansicht, dass kein Land der Welt den Sozialismus ohne sowjetische Hilfe aufbauen kann. Für sein Regime in Angola jedenfalls war die sowjetische Hilfe (u. a. mit kubanischen Interventionstruppen) tatsächlich vonnöten...

schluss von politischer und ideologischer Opposition (keine Freiheit für Volksfeinde). Er fuhr fort:

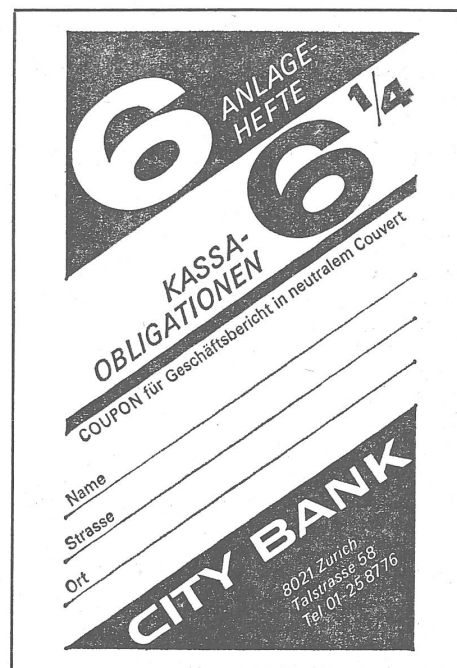
«Das also ist der Grund, weshalb die sozialistischen Staaten eine wirtschaftliche Basis, eine staatliche Struktur und eine Klassenstruktur gleichen Typs haben. (...) Die brüderlichen Parteien gehen davon aus, dass sich Platz und Rolle von nationalen Eigentümlichkeiten, von Besonderheiten der jeweiligen Länder nur dann richtig bestimmen lassen, wenn die Perspektive der sozialistischen Entwicklung im Lichte ihrer grundlegenden Prinzipien berücksichtigt wird.» («Prawda», 14. 8. 1968)

Laut Akademiemitglied Ju. Franzew gehören auch die Umgestaltung der Industrie und die Führung der Agrarbezirke in der UdSSR «zum gemeinsamen Schatz des Marxismus-Leninismus», d. h. zu den Dingen, deren Uebertragbarkeit auf andere Länder ideologisch vorgegeben ist. («Prawda», 22. 9. 1968)

Massregelung für Prager Anfechtung: Leninismus ist keine russische Erscheinung, sondern objektive Gesetzmässigkeit mit weltweiter Verbindlichkeit

Aeusserungen dieser Art häuften sich 1968/69, als es galt, mit dem «Prager Frühling» auch argumentativ abzurechnen. In der CSSR hatte der ZK-Sekretär Cisar unvorsichtigerweise gesagt, beim Leninismus handle es sich eigentlich um einen spezifisch russischen Marxismus, der sich auf tschechoslowakische Verhältnisse nicht übertragen lasse. Die Sowjets bewiesen ihm das Gegenteil einmal dadurch, dass sie ihn einsperrten, dann aber auch dadurch, dass sie ihm durch ihren führenden Politologen, Prof. Konstantinow, in der «Prawda» die Antwort erteilen liessen, die ihnen bis heute eine wissenschaftlich unumstössliche Feststellung ist:

«Die Kommunisten waren und sind der Meinung, dass der Leninismus keine russische, sondern eine weltweite marxistische Lehre ist. Das ist der Grund, weshalb die marxistischen Parteien aller Länder auf seiner Grundlage entstanden, ausgebaut wurden und sich entwickelten. Der Leninismus ist die theoretische Grundlage zur Lösung der komplizierten Fragen des revolutionären Kampfes und des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. (...) Das ist der Grund, weshalb der Marxismus-Leninismus ewig lebt und nie veraltet. Jene freilich, die sich zur Aufgabe setzen, den Leninismus in Verruf zu bringen, indem sie eine ‚Renaissance‘ des Marxismus ohne — und das heisst natürlich gegen — den Leni-



nismus predigen, sind da anderer Ansicht. (...) Einen modernen Marxismus kann es nicht ohne Leninismus geben.»

(Vgl. Laszlo Revesz: «Gleichberechtigung, Gleichschaltung und Aggression im Marxismus-Leninismus» in «Prag 1968 — Analyse», Bern 1968, S. 21—23)

Heute wiederholt man solche Belehrungen nicht zuletzt an die Adresse westlicher Kommunisten, die man freilich nicht so massregeln kann wie die Leute im eigenen Lager. In einem Grundsatzartikel der «Prawda» vom 20. April 1976 heisst es:

«Man hört manchmal Stimmen, wonach die Erfahrungen der sozialistischen Staaten und insbesondere der Sowjetunion von andern Parteien nicht ausgenützt werden könnten. Was ist dazu zu sagen? Es unterliegt keinem Zweifel — und die Marxisten-Leninisten sind immer von diesem Grundsatz ausgegangen —, dass die mechanische Kopierung der Erfahrungen einer andern Partei unvorstellbar und ausgeschlossen ist. (...) Eine wahrhaft marxistisch-leninistische Partei zwingt ihre Erfahrungen andern Völkern niemals auf, und unsere Partei hat schon oft festgestellt, dass ihr eine solche Politik völlig fremd ist. Andererseits bilden die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und einzelner Parteien die unersetzbare Grundlage der revolutionären Tätigkeit in allen Ländern. Jede Partei erleichtert sich den Weg des revolutionären Kampfes und aller ihrer Probleme, indem sie zwar diese Erfahrungen nicht kopiert, aber zutiefst ihre Lehren berücksichtigt. Bei aller Verschiedenheit der Situation sind die Erfahrungen jener Länder (...) zu brauchen, in denen die sozialistische Gesellschaft schon aufgebaut wurde oder sich erfolgreich fortentwickelt.»

In den osteuropäischen Staaten ist man heute veranlasst, sich viel eindeutiger zugunsten des sowjetischen Modells auszusprechen als in den sechziger Jahren. Der SED-Chef Erich Hon-ecker:

«Wir lassen uns von dem Grundsatz leiten, dass die reichen und umfassenden Erfahrungen der

KPdSU und des Sowjetstaates beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau von allgemeiner Bedeutung sind. Die Anerkennung dieser Wahrheit betrachten wir als ein Wesenselement des proletarischen Internationalismus.» (IB, Nr. 15/1975)

Normalisiertes Osteuropa: Wer das nationalsowjetische Modell nicht akzeptiert, ist kein Internationalist

Von Interesse für die Behandlung des Themas und ihr Niveau ist das Bestreben, jeden Zweifel an der universellen Uebertragbarkeit des nationalsowjetischen Modells in die nationalistische Kategorie einzuweisen, die dem Internationalismus widerspricht:

«Jegliche nationalistische Ideologie oder praktische Tätigkeit, die das nationale Moment in den Vordergrund rückt (...) und die gesellschaftlichen Prozesse aus dieser Sicht bewertet, stellt das soziale Leben in einem Zerspiegel. (...) Der Nationalismus tritt immer als Verdrehung der Wirklichkeit in Erscheinung.»

(Jahrbuch «Die internationale kommunistische Bewegung», russisch, Moskau 1974, S. 274)

Berlinguer im Namen von vier «eurokommunistischen» Parteien: Wir wollen Lösungen neuen Typs für Westeuropa ...

Trotz der osteuropäischen Normalisierung sind westeuropäische Stimmen zugunsten eines nationalen-Sozialismus-Modells in den letzten Jahren häufiger geworden. Bei genauer Betrachtung werden allerdings vorzugsweise nur eigene Wege zum Sozialismus beansprucht, wobei ungewiss ist, wie weit sie nicht doch in einen Sozialismus des gleichen Typs einmünden sollen.

Im Falle der wichtigen KPI erstreckt sich der Wunsch nach eigener Ausprägung des Sozialismus auch auf das Zielgelände. Die diesbezüglichen Äusserungen Berlinguers an der Ostberliner Konferenz sind auch deshalb interessant, weil er sie im Namen auch anderer Parteien des «Eurokommunismus» tut; für den Begriff selbst lehnt er die Verantwortung ab, akzeptiert ihn aber als offenbar nicht ungünstige Fremdbezeichnung:

«Welche Wege, welcher Sozialismus? Die von

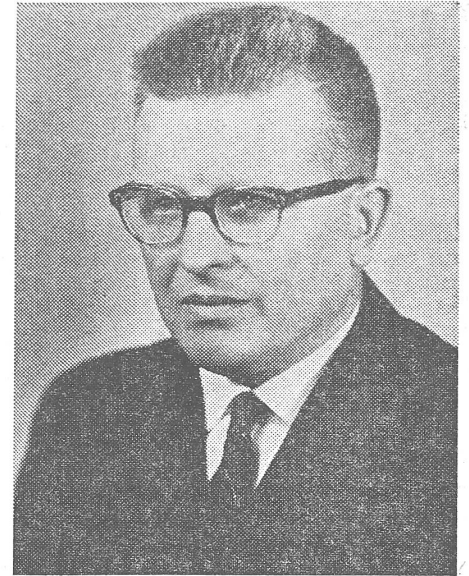
den Sozialdemokraten beschrittenen Wege haben sich, obgleich sie in diesem oder jenem Land bestimmte Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Werktätigen erreicht, als unfähig erwiesen, zu einer wirklichen Ueberwindung des Kapitalismus zu führen. Andererseits entsprechen die in den Ländern Osteuropas verfolgten Modelle nicht den besonderen Bedingungen und den Orientierungen der grossen Arbeiter- und Volksmassen der Länder des Westens.

Einige unserer Gegner behaupten, der Sozialismus und der Kommunismus seien überall gleich. Das stimmt nicht. (...) In Italien (...) kämpfen wir für eine sozialistische Gesellschaft, die sich gründet auf die Bekräftigung des Wertes der persönlichen und kollektiven Freiheiten und ihrer Garantie; der Prinzipien des weltlichen, nicht ideologischen Charakters des Staates und seiner demokratischen Artikulierung; der Pluralität der Parteien und der Möglichkeit, sich entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Regierung abzuwechseln. (...)

Es ist sehr bedeutsam, dass einige andere kommunistische und Arbeiterparteien Westeuropas mittels eigenständiger Untersuchungen zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt sind. Diese Uebereinstimmungen und diese gemeinsamen Züge fanden kürzlich in den Erklärungen ihren Ausdruck, die wir mit den Genossen der KP Spaniens, der Französischen KP, der KP Grossbritanniens vereinbart haben. Es sind dies jene Ausarbeitungen und Untersuchungen neuen Typs, denen einige den Namen 'Eurokommunismus' gegeben haben. Diese Bezeichnung ist natürlich nicht von uns geprägt worden, aber die Tatsache ihrer weiten Verbreitung ist bezeichnend dafür, wie tief und breit das Bestreben ist, in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft in sozialistischem Sinne durchzusetzen und voranzutreiben.» («Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

... und auf jeden Fall müssen wir das unsere Wählern daheim sagen

Berlinguer machte im übrigen kein Geheimnis daraus, dass er die Proklamierung eines eigenen



Cestmir Cisar, zur Zeit des Prager Frühlings 1968 ZK-Sekretär der KPTsch, hatte gesagt, der Leninismus sei eigentlich eine Art von spezifisch russischem Marxismus, der sich auf tschechoslowakische Verhältnisse nicht übertragen lasse. Die Sowjets bewiesen ihm und seinem Land das Gegenteil durchaus schlagend.

italienischen sozialistischen Modells schon deshalb braucht, um die KPI in Italien populär zu machen. Das macht die taktischen Ueberlegungen noch nicht zum ausschliesslichen Motiv, aber es bestätigt ihr Vorhandensein.

«Dass wir uns seit mehreren Jahren mit der Ausarbeitung eines Weges zum Sozialismus beschäftigen, der den (...) Eigenarten unseres Landes entspricht, das ist unserer Meinung nach eine der wichtigsten Ursachen unserer Einflussnahme. Es ist völlig klar, dass wir die Erfahrungen anderer Länder im Kampf um den Sozialismus und im Aufbau des Sozialismus sorgfältig prüfen wollen. (...) Wir sind aber der Meinung, dass man in Italien (...) die sozialistische Gesellschaft nur so aufbauen kann und soll, dass verschiedene politische Kräfte ihren Beitrag leisten.»

(«Prawda», 28. 2. 1976)



KP-Chef Berlinguer beim 25. KpdSU-Kongress in Moskau zusammen mit Breschnew, Ponomarow (links aussen) und Suslow (rechts aussen). Dort begründete er die Proklamierung seines eigenen Weges zum Sozialismus mit dem Einfluss, den seine Partei damit gewonnen habe. Aber selbst abgesehen davon: Wie weit entspricht der «eigene Weg» auch einem eigenen Ziel?

Diktatur des Proletariats

Zur Modellfrage gehören heute Disputationen über begriffliche Konzepte, die sowohl an das ideologische Selbstverständnis als auch an die sozialistischen Wirklichkeit (der kommunistisch geführten Länder) rühren. Hier ist von der Wortklauberei zuhanden des Klassenfeindes bis zur Häresie gegenüber der brüderlichen Führungsmacht zunächst alles möglich.

Das Ding, das es nicht gibt

Seltsamerweise galt das westliche Interesse vornehmlich dem interkommunistischen «Streit» um ein Ding, das es überhaupt nicht gibt: die Diktatur des Proletariats. Sie ist eine reine Fiktion und war nie etwas anderes. Das Proletariat übt in den sozialistischen Ländern die Diktatur nicht aus, sondern erleidet sie. Die Diktatur übt im Namen des Proletariats die Partei aus, und im Namen der Partei die Parteispitze. Der Arbeiter ist Befehlsempfänger, genau wie die übrige «gewöhnliche» Bevölkerung auch.

In dieser Beziehung ist eigentlich die lebhafteste Debatte darüber, ob die Diktatur des Proletariats als Konzeption gutzuheissen oder abzulehnen sei, von grossartiger Irrelevanz. Sie bleibt insofern Augenwischerei, als sie dergleichen tut, als gebe es jene Herrschaft der Werktätigen. Andererseits bildet das Alibi der faktischen Machtausübung den meist uneingestanden Hintergrund der terminologischen bis inhaltlichen Diskussion, und da können auch scheinbare Belanglosigkeiten gewollt oder ungewollt in echte Systemkritik übergehen.

Im Sowjetlager gilt die Diktatur des Proletariats als «objektive Gesetzmässigkeit» (d. h. als Unabdingbarkeit) der sozialistischen Revolution. Diese müsse die Diktatur einführen, um die feindlichen Klassen zu liquidieren und die sozialistische Umgestaltung durchzuführen:

Moskau: Wer Rechtsgleichheit und bürgerliche Freiheiten für alle fordert, ist ein Revisionist, ein Veräter oder ein Feind

«Lenin hat darauf hingewiesen, dass die revolutionär-demokratische Diktatur von Proletariat und Bauern eine absolute Bedingung zum Sieg der demokratischen Revolution ist. Laut Lenin besteht das Klassenwesen dieser Diktatur darin, dass sie politische Herrschaft der Werktätigen in der Gesellschaft sicherstellt, noch bevor die kapitalistischen Verhältnisse als wirtschaftliche Basis der Gesellschaft beseitigt sind. Ihren revolutionären Charakter erhält diese Diktatur dadurch, dass sie den Widerstand der Reaktion mit Gewalt unterdrückt, dass sie die Verwirklichung der Forderungen des Volkes garantiert.» («Prawda», 6. 8. 1975)

Eine Ablehnung der (angeblich) proletarischen Diktatur wird als Abweichung verstanden. Man nennt sie Revisionismus bei den Bruderparteien und Reformismus bei den Sozialdemokraten. Das geltende Programm der KPdSU sagt (Teil I, Kapitel V, «Die revolutionäre Weltbewegung») dazu:

«Die Revisionisten, die ihren Verrat am Marxismus mit dem Gerede bemänteln, man müsse den neuesten Entwicklungsbedingungen Rechnung tragen, (...) gehen in Wirklichkeit mit der bürgerlich-reformistischen Ideologie hausieren. Sie sind bestrebt, (...) die Werktätigen in ihrem Kampf gegen den Imperialismus zu entwaffnen. Die Revisionisten (...) leugnen die historische Rolle der Diktatur des Proletariats.»

Für die UdSSR selbst beansprucht das Parteiprogramm im Sinne einer höheren Entwicklungsstufe die «Diktatur des ganzen Volkes».

«Die Tatsache, dass die Marxisten-Leninisten in mehreren Ländern anstelle des Ausdrucks ‚Diktatur des Proletariats‘ andere Ausdrücke brauchen, wie ‚Herrschaft‘ oder ‚politische Macht der Arbeiterklasse‘ ändert am marxistischen Sinn des Grundprinzips nichts.»

«Sowjetskoje gosudarstwo i pravo», Moskau, Nr. 1/1976

Darin kommt auch ein Rangunterschied zum Ausdruck; den osteuropäischen Ländern wird der gleiche Status nicht zugestanden. Die polnischen ZK-Richtlinien vom Sommer 1975 zum Beispiel halten fest: «Unser Staat ist ein Staat der Diktatur des Proletariats.»

Man darf den Verzicht auf Diktatur nur als Lüge proklamieren, aber man darf ihn niemals erstreben

Zur Erleichterung der kommunistischen Machtübernahme wird sowjetischerseits durchaus eingeräumt, dass die Diktatur des Proletariats auch ohne Gewaltanwendung eingeführt werden könne, wenn die Bourgeoisie freiwillig abtrete. Die sowjetische Fachliteratur erachtet diese Eventualität als unwahrscheinlich, hält es aber für statthaft, dem Klassenfeind die Kapitulation so weit als möglich zu erleichtern.

Die Betonung liegt indessen heute mehr auf der Ausräumung revisionistischer Zweifel. Die Bourgeoisie darf nur solange geschont werden, als es zu ihrer Entmachtung dient; auf keinen Fall ist zu dulden, dass sie in politisch handlungsfähigem Zustand überlebt. Die Frage, ob man nicht anstelle der Diktatur des Proletariats an eine Koalition mit allen verbündeten Kräften auch des Bürgertums eingehen könne, wird als Frage von «rechtsorientierten Opportunisten» zurückgewiesen. («Die internationale kommunistische Bewegung», russisch, Moskau 1974, S. 179)

Die Sowjetführung ist also nicht bereit, eine gemeinschaftliche Machtausübung durch prosozialistische Kräfte zu akzeptieren. Ein taktisches Timing wird zwar durchaus empfohlen, aber es muss gewährleistet sein, dass letztlich auch jene Kräfte der Diktatur unterworfen werden, die beim «Kampf für den Sozialismus», bei den Vorbereitungen zur Machtergreifung, auf der Seite des Proletariats (d. h. seiner kommunistischen Vertretung) gestanden waren.

Dritte Welt: Das sowjetische Konzept wird von den Kommunisten anerkannt und angewandt

Dies entspricht übrigens mutatis mutandis dem kommunistischen Modell für die Dritte Welt. Hier wird zunächst die «nationaldemokratische Revolution» angestrebt, mit einem Sympathisantenbündnis ohne Rücksicht auf Klassenzugehörigkeit. Vom Moment an aber, da die nationaldemokratische in die sozialistische Revolution übergeht, sind die gestrigen Verbündeten zu entmachten, soweit sie sich nicht den «sozialistischen» (kommunistischen) Prinzipien restlos unterordnen wollen. (Siehe Laszlo Revesz: «Export der Revolution», Bern 1971, S. 52—106)

Das Aktionsprogramm der marokkanischen KP billigt der nationalen Bourgeoisie und dem



Der portugiesische KP-Chef Alvaro Cunhal. Als er sich nach gescheiterter Machtübernahme doch wieder auf das Verständnis von Partnern angewiesen fühlte, nannte er plötzlich seine eigenen Aussagen über die Diktatur des Proletariats eine böswillige Verleumdung.

Kleinbürgertum eine wichtige Rolle bei der nationalen Befreiung als eine Vorstufe zur sozialistischen Revolution zu, macht aber ihre weitere Mitwirkung vom Verzicht auf ihre eigenen politischen Vorstellungen abhängig. (IB, Nr. 5—6/1975, S. 50)

Auch das irakische KP-Programm von 1976 lässt das «revolutionäre Bündnis der nationalen und patriotischen Kräfte» ausdrücklich nur für die Etappe der nationaldemokratischen Revolution gelten. («Prawda», 18. 5. 1976)

Bei allen Vorteilen, die man einer friedlichen Machtergreifung ohne weiteres zuerkennt, geht man im Moskauer Lager so weit, zu bedauern, dass sie die physische Liquidierung der Klassenfeinde behindere, was sich gegebenenfalls rächen könne. Janos Kadar:

«Der Sieg der sozialistischen Kräfte auf relativ friedlichem Weg gab der ungarischen Bourgeoisie den Vorteil, dass sie ihre Kader in bedeutendem Ausmass beibehalten konnte.»

(«Die internationale kommunistische Bewegung», Moskau, Nr. 6/1966)

Nun ist es wohl einleuchtend, dass ein osteuropäischer Parteimann sich vor der Machtergreifung nicht so geäußert haben würde. Und in Westeuropa wird die Machtergreifung ja erst angestrebt. Mit Hilfe von Bündnispartnern auch bei der Bourgeoisie.

Westeuropa: Von der Abgrenzung in Rom bis zur Lüge in Lissabon

In Italien hat die KPI in den letzten Jahren schon mehrmals erklärt, sie betrachte die Diktatur des Proletariats nicht als eine Staatsform, die für dieses Land unerlässlich sei. In Frankreich ging die KPF noch einen Schritt weiter und erklärte sie für unzulässig. Im Februar 1976 bezog Georges Marchais die Stellung, die er dann auf der Ostberliner KP-Konferenz begründete. Er sprach sich zunächst für verschiedene Dinge aus, die von der Diktatur des Proletariats ausgeschlossen werden: Bewegungsfreiheit der Staatsbürger im In- und Ausland, Streikrecht, Recht auf Existenz und Betätigungsmöglichkeiten für verschiedene Parteien, parteiunabhängige Ge-

werkschaften usw. Anschliessend sagte er ausdrücklich:

«Einen solchen Sozialismus, der von der Freiheit nicht zu trennen ist, wollen wir für unser Land, und wir halten dessen Aufbau für möglich. Da der Begriff «Diktatur des Proletariats» sich mit der Wirklichkeit der politischen Macht in dem sozialistischen Frankreich, für das wir kämpfen, nicht deckt, hat der XXII. Parteitag unserer Partei beschlossen, auf ihn zu verzichten.» («Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

Charakteristisch ist die variable Stellungnahme der portugiesischen KP. Diese Partei und ihre 1974 aus Osteuropa zurückgekehrte Führung liegt ganz auf der sowjetischen Linie, was auch von den osteuropäischen Medien durch uneingeschränkte Anerkennung quittiert wird.

Der ausserordentliche Parteitag vom Oktober 1974 fand in Siegesstimmung statt. Die PKP hatte wichtige Machtpositionen erobert, genoss internationalistische Unterstützung, sah alle ihre Gegner eingeschüchtert und hielt es nicht mehr für nötig, um einen Konsensus zu werben. Generalsekretär Alvaro Cunhal lobte die Diktatur des Proletariats überschwänglich («demokratischer als die demokratischste aller bürgerlichen Parteien»), und die Kongressproklamation hielt fest: «Niemand darf die Möglichkeit erhalten, die gewährten Freiheiten mit dem Ziel zu nutzen, sie zu liquidieren.» («Der VII. Ausserordentliche Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei», Ostberlin 1974, S. 40)

Diese Worte sind nichts weiter als die Wiederholung jener offiziellen Stellungnahmen, mit denen man im Sowjetlager die bestehende Unfreiheit der Gesellschaft begründet. Die «Freiheit» wird dort auch formell lediglich «zur Verwirklichung der Aufgabe des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus» und der Parteiziele gewährt. (S. Popow in «Politischeskoje samoobrasowanie», Moskau, Nr. 6/1966)

Auch die geltende Sowjetverfassung (Art. 125) garantiert die Freiheiten (Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit usw.) ausdrücklich nur «in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems».

Wie es seinerzeit der «Chefideologe» Iljitschow ausdrückte:

«Es gibt bei uns Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Aber Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus gibt es nicht und kann es nicht geben.» («Iswestija», 23. 12. 1962)

Der portugiesische Parteikongress beschränkte also die Freiheit praktischerweise auf die Verteidigung der «revolutionären Errungenschaften des portugiesischen Volkes».

Nachdem sich aber die innenpolitische Lage geändert hatte und die PKP in die Defensive gedrängt war, protestierte sie gegen die «Behauptung», sie befürworte die Einführung einer Diktatur. Cunhal nannte nunmehr Fragen bezüglich der Diktatur des Proletariats eine «böswillige Verleumdung». (Laszlo Revesz: «Moskau über Portugal», Bern 1976, Anm. 174)

Die Möglichkeit einer provisorischen Konzeption je nach innenpolitischer Lage ist auch bei andern Aspekten der öffentlichen kommunistischen Diskussion zu berücksichtigen.

SOI-Sonderdrucke

4 Revolution in der UdSSR?

Von Dimitrij Panin.

1974, 30 S., 5.—

5 Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten?

Die osteuropäische Haltung zur Frage der menschlichen Beziehungen und des freien Informationsflusses an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas.

Von László Révész.

1974, 88 S., 7.—

7 Aufgaben und Pflichten des sowjetischen Truppenführers

Zusammengestellt und kommentiert von Ernst Legahn.

1975, 29 S., 6.—

8 Kommunistischer Versuch zur Unterwanderung schweizerischer Kirchen

Dokumentation. Einführung und Diskussionsbeitrag von Peter Sager.

1975, 52 S., 7.—

9 Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten?

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.

1975, 50 S., 7.—

10 Problematische Verwendung kirchlicher Hilfsgelder

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.

1975, 50 S., 7.—

11 Rechtsauffassungen in Osteuropa

Ein Vortrag von László Révész.

1975, 27 S., 6.—

NEU:

12 Der chinesische Sozialismus

Modell im Abriss.

Von László Révész.

1976, 94 S., 9.—

NEU:

13 Moskau über Portugal

Taktische Fragen und Medienpolitik.

Von László Révész.

1976, 109 S., 9.—

Nur direkt beim Schweizerischen Ost-Institut, 3000 Bern 6, erhältlich.

Soudoski wächst Skis schneller.



Soudoski ist der Wachsbrenner für den Skifahrer. Soudoski eignet sich hervorragend für Langlauf, Wandern und Alpfahrt. Einfache Bedienung, sauberes Gerät, günstig im Betrieb. Eine Dose ermöglicht eine Arbeitsdauer von über 3 Stunden. Soudoski — ein Produkt von Camping-Gaz-International. Camping-Gaz-International überall in Ihrer Nähe. In Ihrem Fachgeschäft

Generalvertretung
Christen Bern
Marktgasse 28
3001 Bern
Tel. 031 22 56 11

Monolithismus und Pluralismus

Eine zentrale Frage sowohl für Eurokommunisten als auch für ihre Partner betrifft das «echte» Mehrparteiensystem, die organisierte Betätigungsmöglichkeit für Andersdenkende. Ist sie wirklich in Aussicht genommen?

Die Idee des politischen und ideologischen Pluralismus wird im Ostblock nicht nur für die eigene Machtausübung, sondern auch für die kommunistische Weltbewegung total abgelehnt. Sie fördere zentrifugale Kräfte und gefährde die Einheit.

«In ihrem Kampf für nationale so gut wie internationale Ziele brauchen die kommunistischen Parteien eine einheitliche Anschauung und eine koordinierte Politik.»

(Ivan Hlivka und Michael Stefanek: «Der proletarische Internationalismus», «Uj szo», 17. 7. 1976)

Von einem ideologischen Pluralismus kann ohnehin schon ab ovo keine Rede sein; der Marxismus-Leninismus ist eine einheitliche und unteilbare Lehre. Die Sowjets ebenso wie ihre Satelliten im Osten und ihre Gefolgsleute im Westen bleiben dabei, dass es in «prinzipiellen Fragen» keine Kompromisse und Konzessionen geben dürfe, und der Marxismus-Leninismus ist sozusagen die prinzipiellste Frage.

Was den politischen Pluralismus angeht, das Mehrparteiensystem mit Opposition, so sind sich alle regierenden KP darüber einig, dass er in sozialistischen Verhältnissen nicht zu dulden sei. Politische Opposition ist denn auch in den sozialistischen Ländern verfassungswidrig. Gerade in Staaten mit nominellem Mehrparteiensystem wie in Polen wird betont, ein Mehrparteiensystem mit Opposition sei nur in der «antagonistischen Klassengesellschaft» (also im gegnerischen Lager) möglich und nötig, aber dort, wo das Bündnis von Arbeitern und Bauern herrsche, ha-



Der französische KP-Chef Georges Marchais: Gleiches Recht für alle Parteien – die am Sozialismus interessiert sind. Pluralismus bis wohin?

be die Opposition ausgespielt und sei unzulässig. (Vgl. z. B. «Sztandard Młodych», Warschau, 25. 5. 1965)

Das pluralistische System wird als Wesensmerkmal der formalen bourgeoisen Demokratie bezeichnet. Die sozialistische Demokratie hingegen verlange die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, und daher habe hier ein System mit Regierungsparteien und Opposition keine Existenzberechtigung. («Rude pravo», Prag, 12. 5. 1960)

«Orthodoxe» Auffassung, die eigentlich stimmt: Pluralismus ist das Wesensmerkmal der bürgerlichen Demokratie

Selbst zur Zeit des Prager Frühlings (als ein Meinungspluralismus mit öffentlicher Äußerungsmöglichkeit bestand) lehnte ein ZK-Beschluss vom Mai/Juni 1968 die Opposition sowohl innerhalb der Partei als auch im politischen Leben des Landes expressis verbis ab, «da sie unter den heutigen Bedingungen einer Legalisierung der Organisation politischer Kräfte gleichkäme, die das sozialistische politische Programm der Nationalen Front ablehnen». («Rude pravo», 2. 6. 1968)

Sowjetischerseits weist man den Pluralismusbefürwortern ihren Platz ins vorgezeichnete Feindbild zu. Der Politologe Kowaljow nannte den Wunsch nach einer zweiten Partei im Sozialismus in (Prag z. B. vom Dramatiker Vaclav Havel begründet in «Literarni Listy», 4. 4. 1968) einen «Zusammenschluss der imperialistischen Nachrichtenagenturen mit Klerikalismus und Zionismus sowie der rechtsstehenden Sozialdemokratie». («Prawda», 25. 5. 1968)

Und der sowjetische Philosoph L. Onikow:

«Die von einigen Leuten erhobene Forderung (...) nach Zulassung oppositioneller Parteien in den sozialistischen Staaten muss als feindliche Gesinnung gegenüber dem Sozialismus bezeichnet werden.» («Prawda», 19. 5. 1968)

Wozu Opposition zulassen? Entweder ist sie gegen den Sozialismus und muss liquidiert werden, oder sie ist für den Sozialismus und damit überflüssig

Aufschlussreich ist die Frage des sowjetischen Philosophen Stepanow:

«Worin soll übrigens das Programm einer oppositionellen Partei bestehen? Es kann für sie gar kein Programm geben ausser alles zu kritisieren und für nichts die Verantwortung zu übernehmen. Wenn eine solche Partei behauptet, sie kämpfe für die Sache des Sozialismus, so braucht sie doch gar nicht erst oppositionell zu sein.»

Die oppositionellen Elemente

«können zu Schreibern auf den hintersten Bänken im sozialistischen Parlament werden und sich im geeigneten Augenblick auch gegen den Sozialismus wenden.»

(«Iswestija», 11. 5. 1968)

Die Ablehnung von jeglichem Pluralismus durch die regierenden KP wird generell von ihren nichtregierenden Bruderparteien in der Dritten Welt übernommen. Das hat sich auch aus den Konferenztexten von Havanna 1976 ergeben.

Unter den Kommunisten Westeuropas sind die Meinungen zu diesem Thema geteilt, das sich

hier natürlich immer nur auf sozialistische Verhältnisse der Zukunft bezieht.

Auch die Eurokommunisten gestehen Freiheit nur den Aehnlichdenkenden zu. Alternativparteien soll es in ihrem Sozialismus nicht geben – oder doch?

Namens der KPI sprach sich Berlinguer in Moskau für einen *selektiven Pluralismus* aus. Seine Partei sei bereit, «mit andern Volkskräften und demokratischen Kräften verschiedener politischer und ideologischer Orientierung an der Leitung des politischen Lebens unseres Landes» teilzunehmen. («Prawda», 22. 2. 1976)

Soeben erschienen:

Kuratorium Geistige Freiheit

Aus dem Inhalt von Heft 8:
 Interview im Straflager
 Psychiatrie-Handbuch für Dissidenten
 Appell von Sacharow für Glusman
 Martchenkos Rede vor Gericht in Kaluga
 Chronik des Gewissens
 Sowjetischer Lageralltag
 Rundschreiben des ZK der KPdSU
 zu China
 u. a., 153 S., Fr. 11.–

Zu beziehen bei
 KURATORIUM GEISTIGE FREIHEIT
 Postfach 227, 3601 Thun

Vor dem internationalen Auditorium an der Konferenz der europäischen Kommunisten in Ostberlin waren die Vorbehalte schon weniger sichtbar:

«In Italien (...) kämpfen wir für eine sozialistische Gesellschaft, die sich gründet auf (...) der Pluralität der Parteien und der Möglichkeit, sich entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Regierung abzuwechseln.» («Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

Freiheit für den Aehnlichdenkenden versprechen ihrerseits die französischen Kommunisten. Der KPF-Vertreter auf dem 25. KPdSU-Kongress erklärte, in Frankreich könnten zum Beispiel verschiedene Parteien, «die am Sozialismus interessiert sind», an seinem Aufbau unter Bedingungen der Rechtsgleichheit teilnehmen. «Um die schweren Schlachten zu gewinnen (...), ist eine mächtige Bewegung (...) nötig, de-

ren Achse das Bündnis der linken Parteien ist.» («Prawda», 29. 2. 1976)

Auch in diesem Fall fiel das Bekenntnis zum Pluralismus auf dem Ostberliner Forum besser aus. Dort befürwortete Marchais «das Recht auf die Existenz und die Betätigungsmöglichkeit der politischen Parteien, einschliesslich der Oppositionsparteien» («Neues Deutschland», 1. 7. 1976). Eindeutiger als diese beiden grossen Parteien hat sich in der letzten Zeit die spanische KP für pluralistische Demokratie eingesetzt. Auch lehnt sie — wenigstens in diesem Zusammenhang — den sowjetischen Weg expressis verbis ab. (Vgl. «Yearbook of International Communist Affairs» 1975, S. 243)

Cunhals Worte – und seine gleichzeitigen Taten

Von Interesse ist wiederum der Fall der portugiesischen KP. Cunhal äusserte sich für die Respektierung der Mehrheit, legte aber Wert auf die Feststellung, dass es nicht um eine arithmetische Mehrheit gehe. Am Parteitag vom Oktober 1974 liess er die Möglichkeit eines Mehrparteiensystems im Staat der Diktatur des Proletariats offen. So ein Mehrparteiensystem ohne Opposition ist das, was man in einigen kommunistisch regierten Staaten hat (Polen, CSSR, DDR, Bulgarien, Nordkorea, Vietnam), wobei aber den Partnerparteien lediglich die Rolle des «Transmissionsriemens» von der KP zu den einzelnen Volksschichten zufällt. Sie haben kein eigenes Programm und müssen in ihren eigenen Statuten die Führungsrolle der KP anerkennen. Das also ist das Mehrparteiensystem, das Cunhal befürwortete.

Andererseits tat Cunhal der französischen KP den Gefallen, sie in einem Streit mit der Sozialistischen Partei durch ein Bekenntnis zum Pluralismus zu unterstützen:

«Die Portugiesische KP verteidigt die Meinungsvielfalt und folglich auch die materiellen Möglichkeiten, diese zum Ausdruck zu bringen. Sie anerkennt das Recht auf die Bildung von Parteien und folglich auch das Bestehen von Presseorganen, die die Parteien brauchen.» (IB, Nr. 9—10/1975)

Für die Wahrhaftigkeit dieser Versicherung konnte Cunhal allerdings nicht einmal den «benefit of the doubt» für sich beanspruchen. Er wies sie zur gleichen Zeit in Portugal selbst als Lüge nach, da er den gewaltsamen Angriff auf nichtkommunistische Massenmedien organisierte («Republica», katholischer Radiosender). Dort zeigte sich die ganze Entschlossenheit der PKP, den Kampf gegen Träger missliebiger Meinungen via «Volksmassen» (d. h. die organisierte Minderheit der KP-Anhänger) auszutragen.

Marchais: Wir wollen kein Monopol haben, sondern bloss als Avantgarde massgeblich sein

Widersprüche feinerer Art sind allerdings auch in den Parteien des «Eurokommunismus» zu finden. In Ostberlin führte z. B. Marchais aus:

«Wir beabsichtigen weder in der demokratischen Bewegung von heute noch in der sozialistischen Gesellschaft von morgen ein Monopol auszuüben, sondern — und das ist etwas ganz anderes — die Rolle einer Avantgarde des sozialen und menschlichen Fortschrittes.» («Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

Wenn man daran denkt, dass die regierende KP ihr Machtmonopol immer mit ihrer Rolle als Avantgarde legitimiert haben, ist man nicht so sicher, was da ganz anders ist. Und was Marchais selbst dazu expliziert hat, ist eher geeignet, Befürchtungen zu wecken als zu dämpfen:

«Manche sehen einen Widerspruch zwischen unserem Willen, eine Avantgardefunktion auszuüben und unserem Bestreben zugunsten einer soliden und dauerhaften Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichheit der Parteien und der demokratischen Organisationen. Doch da besteht kein Widerspruch. Wenn wir die Notwendigkeit eines besseren Kräfteverhältnisses betonen, bedeutet das weder Exklusivität noch Beherrschung, es geht um das politische Gewicht, um den Einfluss, der auf einer soliden Basis der Beziehungen auf gleichem Fusse zwischen den Parteien der Linken beruht. Die Avantgarderolle bedeutet für unsere Partei die Organisation der gesellschaftlichen Bewegungen, die den Bedürfnissen der Werktätigen und des Landes entsprechen, Lösungen vorzuschlagen und für ihre Durchsetzung hinzuwirken; die Avantgarderolle bedeutet vor allem, alle demokratischen, alle Volkskräfte in gleiche Richtung und zum Zusammenwirken zu bringen.» (IB, Nr. 7/1975)

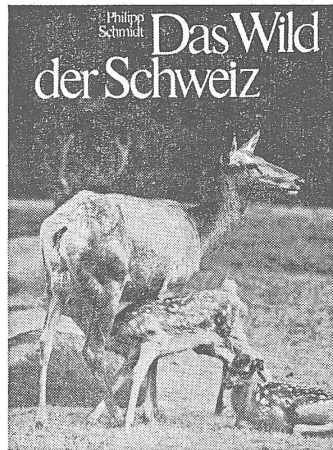
Wenn aber die KPF unter der Avantgarderolle das Monopol auf die Gründung von gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen versteht, so unterscheidet dieser Anspruch von der Führungsrolle der KP in Osteuropa kaum mehr. Diese Organisationen und Bewegungen waren nach 1945 in allen Ostblockstaaten Kampfinstrumente der Kommunisten gegen die Koalitionsparteien.



HUGH JOHNSON
DAS GROSSE BUCH DER BÄUME
Ein Führer durch Wälder, Parks und Gärten der Welt

288 Seiten und 1000 farbige Abbildungen. Preis Fr. 88.—.

Wer je einen Baum mit Wohlgefallen betrachtet hat, wird sich von diesem Buch, wenn er es erst einmal in der Hand hat, nicht mehr trennen wollen.
(Schaffhauser Nachrichten)

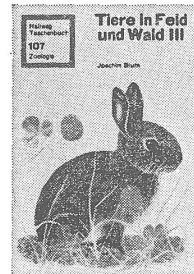
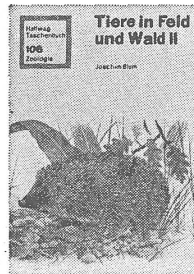
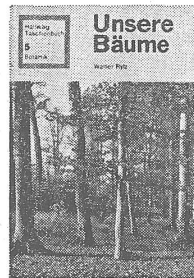


PHILIPP SCHMIDT
DAS WILD DER SCHWEIZ
Eine Geschichte der jagdbaren Tiere unseres Landes.

464 Seiten Text, 224 Seiten schwarzwisse Abbildungen. Preis Fr. 65.—.

Ein monumentales Werk, das alle interessiert, denen die Erhaltung einer freilebenden Tierwelt ein Anliegen ist.

HALLWAG-TASCHENBÜCHER zum ständigen Gebrauch für Schule, Studium, Beruf und Hobby für die Gebiete: Botanik, Zoologie, Geographie, Kunst, Hobby, Technik.



- Hallwag-TB:**
- 5 Unsere Bäume
 - 10 Unsere Pilze
 - 27 Waldblumen
 - 41 Die Biene
 - 106 Tiere in Feld und Wald II
 - 107 Tiere in Feld und Wald III

Verlangen Sie unseren ausführlichen Gratisprospekt.

Hallwag Verlag Bern und Stuttgart

Wie ehrlich meinen es die «Eurokommunisten»?

Das schlechte Beispiel

Angesichts der Entwicklungen in den «eurokommunistischen» Parteien (auch die japanische KP gehört faktisch dazu; sie hat an ihrem ausserordentlichen Kongress von Ende Juli 1976 ein entsprechendes Programm angenommen) stellt sich die vordringliche Frage: Sind die Versicherungen über Unabhängigkeit, pluralistische Demokratie und Respektierung der Rechtsstaatlichkeit ehrlich gemeint, oder handelt es sich um Zweckbeteuerungen, die man nach erfolgter Machtergreifung mit Frohlocken über die hereingefallenen Gegner und Partner in den Wind schlagen wird? Dass die betreffenden Parteien je nach Auditorium durchaus Vorbehalte anbringen und ihre Versprechen selber relativieren, haben wir gesehen. Dazu aber kommt noch etwas anderes: Das Beispiel der regierenden Parteien und ihr Verhalten damals, als sie — wie heute ihre westeuropäischen Genossen — noch im Vorraum der Macht standen.

Die kommunistischen Parteien Osteuropas schwiegen sich nach dem Zweiten Weltkrieg zuhänden der Öffentlichkeit konsequent über ihr eigentliches Kampfziel aus. Und sie leugneten es auch ganz direkt ab, um die Unterstützung grosser Bevölkerungsschichten nicht zu verlieren.

«Solange die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Gros des werktätigen Volkes nicht für die Zielsetzungen dieser Diktatur (des Proletariats) gewinnt — und im Frühjahr 1945 hatte sie sie noch nicht gewonnen —, kann diese nicht zustande kommen. (...)

Wir warfen 1945 diese Probleme nur in engen Parteikreisen auf und brachten sie damals nicht vor die Parteiöffentlichkeit, weil auch eine bloss theoretische Diskussion über die Diktatur des Proletariats als Zielsetzung im Kreise unserer Koalitionsgefährten Panik verursacht und unsere Bemühungen, nicht nur die Mehrheit der kleinbürgerlichen (Massen), sondern auch die der Arbeitermassen zu gewinnen, erschwert hätte. (...)

Wir befassten uns auch nicht mit einem anderen

Problem, das doch in der Frage der ‚Wiederherstellung‘ der Diktatur des Proletariats enthalten ist, nämlich ob die Leninsche Theorie von der Diktatur des Proletariats unverändert auch auf die Verhältnisse der durch die Sowjetunion befreiten Länder ihre Gültigkeit habe oder aber in einigen Punkten abzuändern sei. (...)

Diese Frage wurde auch seither nicht aufgeworfen. Ohne sie in den Jahren 1944—1945 besonders untersucht zu haben, betrachten wir die Theorie als unverändert gültig. Die siebenjährige Entwicklung der Volksdemokratien (...) beweist, dass unser Standpunkt richtig war. (...) ‚Der Bolschewismus‘, sagt Lenin, ‚ist ein Vorbild der Taktik für alle.‘» (Matyas Rakosi: «Der Weg unserer Volksdemokratie», auch in deutscher Uebersetzung erschienen in Budapest 1952, S. 13—14)

... und wie sie von der KP praktiziert wurde

Nicht alle Parteiführer prahlten nachträglich gleicherweise mit ihrer Lüge, aber sie hatten sie alle gehandhabt.

Das offizielle Parteiorgan «Szabad Nep» beruhigte am 27.7.1947 (vor den Parlamentswahlen auf der Grundlage des damals noch bestehenden Mehrparteiensystems) die Bauern: Die Partei unternehme alles, um intensiv produzierende Kleinbauernwirtschaften zu stärken. Der prominente Parteiführer Jozsef Revai schrieb zwei Wochen vor den Wahlen: «Wir erklären: Man muss das bäuerliche Privateigentum festigen.» (Ivan Berend: «Wirtschaftspolitik zu Beginn, des

Wie Rakosi die Salamtaktik erklärte ...

Ganz offen hat darüber der ungarische Parteichef Matyas Rakosi in einem Vortrag auf der ungarischen Parteihochschule am 29.2.1952 gesprochen. Zu einem Zeitpunkt allerdings, da die KP schon im festen Besitz der Macht war und sich um die Stimmung der Massen nicht mehr zu kümmern brauchte:

Ein bemerkenswerter
Erstling
zum 3. Mal in Neuauflage:

ERWIN HEIMANN

WIR MENSCHEN

Roman

232 Seiten

Paperback

Fr./DM 19.—



VIKTORIA VERLAG

Neu  im Verlag SOI Bern

Boris Meissner

Das Sowjetsystem und seine Wandlungsmöglichkeiten

TM 35, 1976, 52 Seiten, broschiert, 6.80

Analyse des sowjetischen Einparteiensstaates im Vergleich zum Mehrparteiensstaat und Erörterung der Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Veränderung des sowjetischen Herrschaftssystems.

Friedrich Salzmann

Der neue Mensch

TM 34, 1976, 40 Seiten, broschiert, 4.80

Essay über Frage und Möglichkeit der Erziehung eines «neuen Menschen», der nur als «Werk seiner selbst», nicht aber als «Werk» der Natur oder der Gesellschaft entstehen kann.

Antony C. Sutton

Der leise Selbstmord

TM 33, 1976, 284 Seiten, broschiert, 24.—

Zusammenfassende Untersuchung der amerikanischen Militärhilfe an die Sowjetunion und des westlichen Beitrages zum Aufbau der Sowjetmacht durch den Technologieexport.

Verlag SOI, Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6



Prahle nachher mit seinen Zweckflügen von vorher: Matyas Rakosi, der stalinistische Diktator Ungarns.

ersten Fünfjahresplanes», ungarisch, Budapest 1964, S. 43)

Rakosi selbst äusserte sich anlässlich einer Grosskundgebung auf dem Lande so: «Die Reaktion erschreckt die Bauern mit der angeblich bevorstehenden Nationalisierung. Aber die Bauern können sicher sein, dass wir ihren Boden und ihr Privateigentum mit voller Energie verteidigen.» Das wurde noch am 27. April 1948 in der Gewerkschaftszeitung «Nepszava» veröffentlicht; und am 20. August 1948 bezeichnete Rakosi (der inzwischen allerdings die Sozialdemokraten der KP in Zwangsvereinigung unterstellt hatte) die Kollektivierung der Bauernbetriebe als die nächste Aufgabe von Partei und Staat.

«Die Reaktion erschreckt...» So oder ähnlich tönt es in den Ländern des Eurokommunismus, selbst weit über KP-Kreise hinaus. Aber «antikommunistische Ammenmärchen» sind immer vor der Machtergreifung verlacht und nach der Machtergreifung bestätigt worden.

Rakosi wusste jederzeit, dass er log und warum er log. Ungeduldigen Altkommunisten, welche die Anpassung an bourgeoise Gepflogenheiten nicht begriffen, erläuterte er (in Budapest am 22. 2. 1945):

«Wenn die Kommunisten nicht nur mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch mit der Kleinlandwirtpartei und sogar mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, wenn unsere kommunistischen Genossen in den Ministerien mit solchen Menschen zusammenarbeiten, dann tun sie das nicht deshalb, weil sie Opportunisten geworden wären oder ihre Linie verloren hätten. Im Gegenteil: Sie tun es, weil sie den Marxismus den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen. (...) Wenn sich die Situation ändert — und in wenigen Jahren wird sie es tun —, dann wird sich auch diese Linie ändern.» (Matyas Rakosi: «Für die ungarische Demokratie», ungarisch, Budapest 1947, S. 28)

In den «gegenwärtigen Verhältnissen» war Rakosi auch für die Anerkennung der Güte westlicher Demokratien zu haben. Vor dem Parlament sagte er am 6. 9. 1945: «Was die weitere Entwicklung unserer Demokratie betrifft, so lernen wir gerne von der sowjetischen Demokratie, von der angelsächsischen Demokratie.» (S. 110/111)

Als die KP ihre Machtposition verstärkt hatte, stellte sie unverzüglich Forderungen an ihre

(Fortsetzung auf Seite 19)

TM

Tatsachen und Meinungen

Die aktuelle Taschenbuchreihe für Zeitgeschichte und Politik aus dem Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut

- | | |
|---|---|
| 4 László Révész
Die Frau im Sowjetreich
1969, 87 Seiten, broschiert, 5.80 | 23 László Révész
Der Bauer in der Sowjetunion
1972, 128 Seiten, broschiert, 13.80 |
| 9 Erwin Heimann
Ein Volk sucht seinen Weg
Erfahrungen in Rumänien
1969, 47 Seiten, broschiert, 3.60 | 24 Karl Klausen
... und hofften auf die heile Welt
Bekenntnisse eines Emigranten
1973, 164 Seiten, broschiert, 17.20 |
| 11 Koexistenz 1970
Spannung und Entspannung zwischen Ost und West
1970, 134 Seiten, broschiert, 8.50 | 25 Jeanne Hersch
Problèmes actuels de la liberté / Aktuelle Probleme der Freiheit / Contemporary Problems of Freedom / Problemas actuales de la libertad
Viersprachig in einem Band
1973, 80 Seiten, broschiert, 8.80 |
| 14 László Révész
Die Liquidation der Sozialdemokratie in Osteuropa
1971, 116 Seiten, broschiert, 7.90 | 28 Mario Puelma
Chile 1970-1973
2., stark erweiterte Auflage
1975, 248 Seiten, broschiert, 24.- |
| 15 Salvador de Madariaga
Ueber die Freiheit
1970, 28 Seiten, broschiert, 3.60
Auch in französischer, englischer und spanischer Fassung erhältlich | 29 Robert Müller-Sternberg
Machtmonopol und Gewissensfreiheit
Der Kommunismus und seine russischen Kritiker
1974, 100 Seiten, broschiert, 10.50 |
| 16 Georg Bruderer
Sowjetische Stimmen zum Russland von morgen
1971, 64 Seiten, broschiert, 5.80 | 30 László Révész
Militärische Ausbildung in Osteuropa
1975, 302 Seiten, broschiert, 22.- |
| 19 László Révész
Export der Revolution
1971, 144 Seiten, broschiert, 9.80 | 31 Peter Sager
Demokratische Mitte und Totalitarismus
1975, 126 Seiten, broschiert, 11.70 |
| 20 Ervin György
Ich kämpfte für den Frieden
Erinnerungen eines Funktionärs aus dem Ostblock
1972, 100 Seiten, broschiert, 7.80 | 32 Genosse X
Sowjetmission in Finnland
1975, 144 Seiten, broschiert, 13.80 |
| 22 László Révész
Organisierte Jugend
Die Jugendbewegung in der Sowjetunion
1972, 136 Seiten, broschiert, 15.20 | |

Der «Eurokommunismus» vor 1948 in den späteren Volksdemokratien

Auch sie sprachen so...

«Antike» Zitate, die das neueste von 1976 sein könnten

Was dem zeitgenössischen Geschichtsbewusstsein vollkommen entglitten ist: Der «Eurokommunismus», jene so ganz neuartige Absage an «überholte Vorstellungen», ist gar nicht so neu. Diese neuartigen Versicherungen und Forderungen hatte man schon, sogar in praktisch gleichen Formulierungen. Im Osteuropa der Jahre vor der kommunistischen Machtergreifung. Was daraus geworden ist, hat man gesehen. Wird man in Westeuropa das gleiche sehen?

Wir betrachten unsere Zusammenarbeit mit verschiedenen Parteien nicht als taktischen Zug, sondern als dauerhaftes Bündnis

«Ich erkläre feierlich, dass wir Kommunisten disziplinierte und loyale Soldaten der ungarischen nationalen Unabhängigkeitsfront sein werden. Ich erkläre, dass wir unsere Zusammenarbeit mit andern Parteien nicht als vorübergehende politische Koalition, nicht als taktischen Schachzug betrachten, sondern vielmehr als dauerhaftes Bündnis. Wir werden zu unserm gegebenen Wort stehen.»

Jozsef Reval (später Politbüro-Mitglied) am 3. 12. 1944 bei der Ausrufung der Nationalen Front. «Delmagyarország», Szeged, 5. 12. 1944

Wir Kommunisten sind der Meinung, dass das Sowjetsystem nicht der einzige Weg zum Sozialismus ist

Klement Gottwald, Vorsitzender der KPTsch und Ministerpräsident der CSR, in einem Interview mit dem Journalisten Leo Lanti, Januar 1947:

«Freilich, die Kommunistische Partei sucht den Sozialismus zu erreichen, aber wir sind der Meinung, dass das Sowjetsystem nicht der einzige Weg zum Sozialismus ist. Die Bekämpfung und Besiegung des Hitlerfaschismus waren Ereignisse von grosser revolutionärer Bedeutung. Sie haben in vielen Ländern einschliesslich unseres Landes die Bedingungen für einen friedlichen Uebergang zum Sozialismus geschaffen. Wir sind der Auffassung, dass wir nicht nur zum Erreichen des Sozialismus auf einem andern Weg als die Sowjetunion fähig sind, sondern diese Richtung auch bereits eingeschlagen haben. Die Verstaatlichung der Industrie und das neue Volkssystem öffentlicher Verwaltung sind erste Wegmarken.» (..)

«Die Koalition der Kommunisten mit andern Parteien ist keine opportunistische, zeitlich eingeschränkte Koalition. Vielmehr ist sie im Rahmen der Nationalen Front Ausdruck aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Tschechoslowakei, Ausdruck der Einheit aller Kräfte, welche die Grundverpflichtungen des Staates anerken-

nen. (...) Warum sollte diese Einheit nach Erfüllung des Zweijahresplanes zu Ende gehen oder gebrochen werden? Im Gegenteil: Ich bin überzeugt, dass sie andauern soll und wird. (...)» (..)

«Wir suchen gerade gegenwärtig sicherzustellen, dass unsere demokratischen parlamentarischen Methoden (...) gesetzlich in der Verfassung verankert werden. Wenn Sie die Ansichten der Kommunisten kennen wollen, so kann ich Ihnen nur sagen, dass sie sich als die verlässlichsten Wächter der Verfassung erweisen werden.»

Aus «Klement Gottwald, 1945–1948», Prag, 1949

Es ist eine glatte Lüge, dass die KP die alleinige Macht ergreifen will

«Die Behauptung, dass die Kommunisten angeblich die alleinige Macht ergreifen wollen oder ergriffen haben, dass sie überall herrschen, ist ein Märchen und eine böswillige Verleumdung. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass die Kommunisten ein Einparteiensystem anstreben. (...)»

Das (die Bildung einer Patriotischen Front, der von der KP geforderten Koalition) wird nicht eine Sowjetmacht bedeuten, nicht den Aufbau des Sozialismus. Aber es wird Gesetz und Ordnung geben, ein Regime der demokratischen Volkskräfte, den Aufbau und die Entwicklung unseres Landes. Und es wird die Gewährleistung unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer staatlichen Souveränität geben.»

Georgi Dimitroff (früherer Generalsekretär der Komintern) am 7. 11. 1945 zum Jahrestag der Oktoberrevolution. «Iswestija», 13. 11. 1945

«Der entscheidende Aspekt dabei – und wir Marxisten kennen ihn wohl – ist dieser: Keine Nation wird ihren Uebergang zum Sozialismus genau auf einem vorgezeichneten Weg vollführen, keine genau so wie die Sowjetunion, sondern auf ihrem eigenen Weg, entsprechend den eigenen historischen, nationalen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen.»

Dimitroff am 27. 2. 1946 vor dem bulgarischen Parteikongress. «Political Affairs», Bd. 25, New York 1946

Die anderen Parteien soll sich ebenso wie wir organisieren und betätigen dürfen

«Die grosse nationale Aufgabe, die sich unserem Lande stellt, kann weder durch die Kommunistische Partei noch durch irgendeine andere Partei gelöst werden. Die Kommunistische Partei beansprucht kein Monopol. Auch ist kein Monopol vonnöten, um unter den Massen für den Aufbau eines neuen Ungarn zu arbeiten. Die Kommunistische Partei missbilligt den Gedanken eines Einparteiensystems. Die andern Parteien mögen sich ebenso betätigen und organisieren. Von dieser Tribüne aus appelliere ich in meinem Namen und im Namen der kommunistischen Parteiführung an die Kleinlandwirtpartei und alle andern progressiven Parteien, ihre Aktivitäten aufzunehmen und fortzusetzen.»

«Gewisse Genossen denken mit Blick auf die Sowjetunion, dass es in Ungarn darum geht, den Sozialismus zu entwickeln. Das entspricht nicht dem Standpunkt der Kommunistischen Partei Ungarns. Es ist unsere Ueberzeugung, dass wir mit vereinten Kräften ein unabhängiges, demokratisches und volksverbundenes Ungarn schaffen müssen.»

Ernö Gerö (später Erster Parteisekretär) am 7. 11. 1944 in Szeged. Aus «Kampf für die sozialistische Volkswirtschaft» (ungarisch), Budapest, 1958

Nachher: Wir allein sind an der Macht

«In dieser Regierung sind nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder der Kleinlandwirtpartei und der Bauernpartei. Noch immer ist dieses Kabinett eine Koalition. Bedeutet das, dass wir die Führung zusammen mit ihnen ausüben, dass wir zwischen Proletariat und werktätigem Bauerntum eine Trennung zulassen?

Formell sind Elemente der Teilung von Macht und Führung unter uns. Aber es ist eine Tatsache, Genossen, dass die arbeitende Klasse die Macht allein innehat, es ist eine Tatsache, dass unsere Partei allein den Staatsapparat beherrscht.»

Jozsef Reval: «Ueber den Charakter unserer Volksdemokratie» in «Tarasdalmi Szemle», Budapest, März/April, 1949

Das schlechte Beispiel

(Fortsetzung von Seite 17)

Koalitionspartner, vor allem an die Kleinlandwirtpartei, die in den Wahlen vom Herbst 1947 eine grosse absolute Mehrheit erlangt hatte (die Kommunisten erhielten 17 Prozent der Stimmen). Schon 1946 machte die KP die Koalitionsmöglichkeit der Kleinlandwirte von einer weitgehenden Säuberung in deren Reihen abhängig. Rakosi am 24. 3. 1946:

«Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Säuberungsprozess, der in der Parlamentsfraktion der Kleinlandwirtpartei begonnen wurde, im ganzen Land fortgesetzt wird.» Bei gleicher Gelegenheit erwähnte er auch, dass viele kommunistische Parteiorganisationen den Koalitionspartnern einfach die Liste jener Personen zustellten, die diese auszuschliessen hätten. (S. 229—230)

Die gleiche Täuschung der Öffentlichkeit fand auch in den übrigen Ländern Osteuropas statt. Sowohl Gottwald in der CSR als auch Gomulka in Polen sprachen sich vor der Machtergreifung zum Beispiel expressis verbis für pluralistische Demokratie aus.

Welchen Anlass hat man, den heutigen Beteuerungen westlicher Kommunisten Glauben zu schenken?

Ein plausibler und illusionsfreier Anlass wäre der unverkennbar echte Aerger, mit dem die Sowjets (wie aus den zuvor zitierten Stellen ersichtlich) auf «eurokommunistische» Gedanken reagieren. Nur lassen sich aus dieser Beobachtung keine Schlussfolgerungen bezüglich der eurokommunistischen Glaubwürdigkeit ziehen.

Beweist der sowjetische Aerger mit dem heutigen Eurokommunismus dessen Aufrichtigkeit?

Moskau hat keinen Bedarf an kommunistischer Propagierung von grenzüberschreitenden Ideen, die im eigenen Lager unter echter oder gespielter Berufung auf anerkannte Bruderparteien die dissidente Bewegung stärken könnten. Diese Interessenlage hat Vorrang. Sie hindert aber nicht im geringsten, dass die Sowjets die taktischen Vorteile des Eurokommunismus für den Westen einsehen können. Wie sie sie in Osteuropa — bei besser abgeschirmtem Hinterland — selber ausgenutzt haben.

Bei den westlichen KP liegt die Priorität umgekehrt. Sie könnten es auf ein interimistisches Schockieren der Sowjets im Interesse der eigenen Taktik ankommen lassen. Nach der Machtergreifung lässt sich ja die Aussöhnung (soweit sie bei der schliesslich deklarierten Aktionseinheit vonnöten ist) immer noch betreiben. Und wenn nicht, dann bliebe erst noch die Möglichkeit, dass der Eurokommunismus die taktische Vorbereitung einer Diktatur auf eigene Faust wäre, statt einer Diktatur durch Uebertragung der Sowjetfäuste. Auch ein Trost. Hat man es schön in Albanien?

Alles in allem: Der Eurokommunismus ist ohne jeden Zweifel eine Taktik (sie wird zuhanden der regierenden Genossen ja ausdrücklich expliziert). Es ist denkbar, dass er angesichts des echten Bedarfs an ideologischer Revision nicht ausschliesslich eine Taktik ist. Aber selbst dann würde er dem Westen mit Sicherheit ein Weniger an Demokratie bringen, während er den «liberalen» Kräften im Osten ein Mehr an Demokratie verspricht. Fördern wir also die eurokommunistischen Gedanken im Sowjetlager. Dort braucht man sie. Aber hier darf man die Taktik nicht vergessen.

Die nichtregierenden KP in ihrer politischen Praxis

Die grosse Bündnisphase

In ihrem praktischen politischen Verhalten stehen die nichtregierenden kommunistischen Parteien zurzeit in einer Grossoffensive, die nebst einigen Erweiterungen der Bündnistaktik viele klassische Züge aufweist. Sie stimmt mit den Interessen des Sowjetlagers generell überein. Ihre Durchsetzung ist schon über die sogenannten internationalen Frontorganisationen (Weltgewerkschaftsbund, Weltfriedensrat usw.) auch konkret koordiniert.

Die innenpolitische Taktik der nichtregierenden Parteien ist nicht neu: Zusammenarbeit bis Aktionseinheit mit allen Schichten der Bevölkerung und mit allen jenen Organisationen, die bis anhin in allen kommunistisch regierten Staaten grausam liquidiert wurden.

Die Aehnlichkeit mit der osteuropäischen Taktik zwischen 1945 und 1948 besteht darin, dass auch die osteuropäischen Kommunisten zeitweise eine grosse nationale Koalition verlangten, in der alle — mit Ausnahme der ehemaligen Aristokratie, der ehemaligen Bank- und Finanzmagnaten — Platz hätten. Nach der Machtergreifung wurden dann diese ehemaligen Partner ausgerottet.

Volksfronterweiterung

Die 1935 vom 7. Kominternkongress offiziell eingeführte Volksfronttaktik ist auch heute die Generallinie in der Innenpolitik westlicher KP. Man hat sie an der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien in Moskau vom Juni 1969 als allgemeingültig anerkannt, und seither haben alle regionalen Beratungen diese Linie bestätigt, so die Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raums im Sommer 1975, ebenso die europäische Konferenz ein Jahr später.

Sowohl die spanische KP als auch die lateinamerikanischen Parteien schätzen die engen Kontakte mit den «fortschrittlichen Strömungen» innerhalb der katholischen Kirche. Punkt 17 im Aktions-

programm der mexikanischen KP aus dem Jahre 1975 lautet beispielsweise: «In der Einheitskonzeption unserer Partei nimmt die Annäherung an fortgeschrittene Strömungen der katholischen Kirche einen wichtigen Platz ein.» (IB, Nr. 22 bis 24/1975)

Auch die Konferenz der lateinamerikanischen Parteien in Havanna äusserte sich sehr anerkennend über sie:

«Die Christen, speziell die Katholiken, der niedere Klerus und sogar einige Vertreter ihrer Führung nehmen immer aktiver an den Volkskämpfen für nationalen und sozialen Fortschritt teil.» Dialog und sogar Aktionseinheit mit ihnen wird befürwortet. (IB, Nr. 13/1975)

Bündnispolitik und Einheitsfronttaktik gehen in der Generallinie sowohl der europäischen als auch der lateinamerikanischen Parteien so weit, dass man tatsächlich die Frage stellen sollte: Wo ist denn die Klassegebundenheit? Sie scheint weniger wichtig zu sein als die momentanen Interessen der Innen- und Aussenpolitik. Die verschiedenen sozialen Schichten werden nicht nach Klassenzugehörigkeit, sondern nach politischer Einstellung eingestuft: «Wir Kommunisten werten deshalb die politische Haltung der anderen lateinamerikanischen Kräfte grundsätzlich so, dass wir von ihrem Verhalten gegenüber diesem Feind (nämlich dem US-Imperialismus) ausgehen.» (IB, S. 26)

Eine andere Stütze der kommunistischen Parteien

ist die Intelligenzia, die bis 1969 höchst offiziell als ein Bestandteil der klassenfeindlichen Bourgeoisie galt. Seither wird sie aber als eine Schicht des werktätigen Proletariates angesehen und als Verbündete umworben. (Vgl. L. Revesz: «Export der Revolution», Bern 1971)

Sozialdemokraten spalten

Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Werkstellung von «Klassen-solidarität» mit der Sozialdemokratie. Man ist bemüht, sie durch eine Zusammenarbeit zu spalten, Parteiführung und Parteimassen gegeneinander auszuspielen. Die Kommunisten wollen vordringlich ihre Kräfte gegen eine wirklich sozialdemokratische Führung mobilisieren, ganz so, wie sie es seinerzeit, zwischen 1945 und 1948, in Osteuropa taten. Zusammen mit dem agitierenden Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen die sozialdemokratische Führung! Allerdings ging dann die KP — nach Ausrufung der organisatorischen Einheit beider Parteien — gegen die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder los. Divide et impera, oder Salamtaktik. (Vgl. L. Revesz: «Moskau über Portugal», Bern 1976, S. 28 ff.)

Umgekehrt stärkt man natürlich gegenüber der Basis jene sozialdemokratischen Führer, die für eine Zusammenarbeit oder schon für eine Aktionsgemeinschaft gewonnen werden konnten. Das Moskauer Jahrbuch für die «Probleme der kommunistischen Bewegung» widmete grosse Aufmerksamkeit der Tatsache, dass an der Brüsseler Versammlung «der Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (an einer indirekten von der KPdSU organisierten Veranstaltung) viele bekannte Funktionäre der internationalen Sozialdemokratie teilnahmen: praktisch die ganze Leitung der Sozialistischen Partei Belgiens, drei Sekretäre des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, die Sekretäre der Sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks, der Sozialistischen Partei Frankreichs, drei Mitglieder des Exekutivkomitees der Labour

Party Englands, der persönliche Vertreter Willy Brandts und andere. Es ist bemerkenswert, dass es an der Versammlung keine einzige antisowjetische Stimme gab.» (Jahrbuch 1973, S. 256)

Das Jahrbuch erteilte auch der Sozialistischen Partei Japans, der Sozialdemokratischen Partei Finnlands sowie den Sozialdemokratischen Parteien der neutralen Staaten (Schweden und Schweiz) ein besonderes Lob, weil diese den ausserpolitischen Kurs der atlantischen Solidarität ablehnen und eine andere Lösung für die Sicherheitsprobleme verlangen. (S. 253—254)

Für die kommunistische Taktik gegenüber den Sozialdemokraten ist das Verhalten der portugiesischen KP charakteristisch. Ein Interview von Cunhal für die «Prawda» zeigt, dass die KP ihre spalterische Taktik gegenüber den Sozialisten bis Sommer 1976 nicht aufgegeben hat. In einem Gespräch mit dem Lissaboner «Prawda»-Korrespondenten (Ermanow) sagte er:

«Gegenwärtig handelt es sich lediglich um eine quantitative Mehrheit und nicht um eine realistische politische Mehrheit der linken Kräfte, weil die Sozialistische Partei das Bündnis mit der KP ablehnt. Aber immer breitere demokratische Kräfte, darunter auch viele SP-Mitglieder, erklären sich für die Bildung einer linken Mehrheit und einer linken Regierung, d. h. mit Beteiligung der PKP.»

Anschliessend führte Cunhal die Misserfolge der Kommunisten auf ausländische Einmischung zurück, u. a. von seiten der internationalen Sozialdemokratie. («Prawda», 12. 6. 1976)

Da es sich als nicht so leicht erwies, die sozialistische Einheit entscheidend zu unterminieren, liess die KP getarnte prokommunistische Volkskommissionen, die demokratische Bewegung, die sozialistische Volksfront, die linke sozialistische Bewegung usw., organisieren, um die SP zu schwächen.

Auch die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen der französischen KP und SP zeigen die Art und Weise, wie die Kommunisten Herr der Lage werden wollen. Georges Marchais klagte Ende 1975 die Sozialisten an, sie und nicht die KPF seien an ein internationales Zentrum gebunden:

«Die KPF arbeitet ihre Politik in völliger Unabhängigkeit aus. Wenn Sie (der Interviewer) sich dagegen den Sozialisten zuwenden, haben Sie recht, denn sie haben eine Internationale. Wir Kommunisten sind völlig unabhängig.» (IB, Nr. 19/1975)

Die Bündnispolitik und die Einheitstaktik der westlichen Kommunisten zeigt allerdings offensichtliche Schwankungen. Die Einheitsfrontidee kommt von Lenin bzw. von der Komintern in der Leninschen Zeit. Im Dezember 1921 verabschiedete das Komintern-Exekutivkomitee den diesbezüglichen Beschluss. Aber schon 1924 bezeichnete Stalin die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten», «Zwillingsbrüder der Faschisten» usw.

Die Volksfronttaktik als offizielle Generallinie der kommunistischen Bewegung wurde vom 7. Kominternkongress (Moskau 1935) angenommen, dann aber im Zeichen der Zusammenarbeit zwischen Nazis und Kommunisten 1939—1941 wieder rückgängig gemacht. Nach dem Kriege galt sie bis 1948 erneut als Generallinie, doch gleich darauf liquidierte man die osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien und nannte die Klassenbrüder erneut Zwillingsbrüder der Fa-

schisten. Seit Stalins Tod, besonders aber seit 1956, wird diese Wechsellinie — verbunden mit Spaltungstaktik — fortgeführt.

1968/69 sah es so aus, als ob die kommunistische Bewegung auf die Bündnispolitik mit den westlichen Intellektuellen — u. a. mit den «fortschrittlichen Studenten» — grösseren Wert legte als auf die Aktionseinheit mit den Sozialisten. In den siebziger Jahren wurde aber erneut die Idee der Aktionseinheit mit den Sozialisten in den Vordergrund gestellt.

Man sollte allerdings die Erklärung des belgischen Sozialisten Emil Vandervelde im Zusammenhang mit dem Wechsel der kommunistischen Taktik unter Lenin zugunsten der Sozialdemokratie auch heute immer wieder in Erinnerung rufen. Er erklärte in Berlin, im April 1922: *«Man ruft hier alle zur Einheit auf; sogar der Gedanke der Verwirklichung einer Einheitsfront wird aufgeworfen. Man versucht aber die Absicht nicht einmal zu verheimlichen, dass man uns zuerst herausdrücken und nachher erdrücken oder vergiften will.»*

(«Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung», polnisch, Heft I/1962, London, Seite 238)

Für die Nato?

Was ist die ausserpolitische Taktik der westeuropäischen kommunistischen Bewegung? Jene kommunistischen Parteien, die Hoffnung auf eine baldige Regierungsbeteiligung hatten oder haben, äussern sich (wo das in Frage kommt) für die Beibehaltung des bisherigen Bündnisystems, also für die Mitgliedschaft in der Nato und in der EWG. Die kleineren und unbedeutenden Parteien hingegen verlangen den Austritt und viele von ihnen die Neutralität ihrer Länder, um die westliche Integration noch schwerer zu machen.

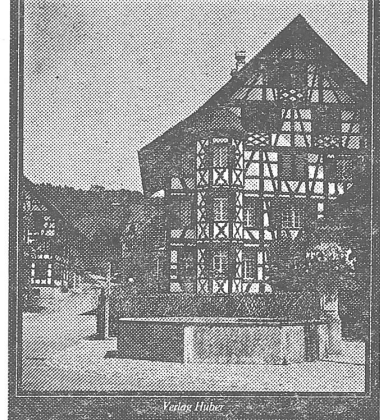
Der italienische KP-Generalsekretär spricht ganz offen über die Beibehaltung der italienischen Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis und in der EWG. Und was noch auffälliger ist: seine diesbezüglichen Äusserungen werden auch in der «Prawda» wörtlich veröffentlicht, obwohl diese meistens auf die Mitteilung von Erklärungen verzichtet, die für die UdSSR nachteilig sind. Doch wurde Berlinguers Rede auf dem Plenum des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der KPI gerade in diesem Teil wörtlich zitiert: *«Italien bleibt auch dann, wenn die Kommunisten in die Koalitionsregierung eintreten werden, Mitglied der Nato.» (Prawda», 15. 5. 1976)*

Die portugiesische KP war im Sinne der Kongress- und ZK-Beschlüsse vor dem 25. April 1974 gegen die Nato-Mitgliedschaft. Nachdem sie aber bald nach diesem Zeitpunkt eine sehr starke Position im eigenen Land erobert hatte, verletzte sie die bisherigen Beschlüsse und sprach sich für die Weiterführung der Allianz aus. Allerdings scheint es merkwürdig zu sein, dass sie im Sommer 1976 auf diese Frage kaum mehr einging. Anlässlich der Kampagne für die Präsidentschaftswahl äusserte sich der kommunistische Kandidat Pato so: *«Portugal muss gegen alle Formen des Imperialismus und Kolonialismus, für die Auflösung der politisch-militärischen Blöcke und die kollektive Sicherheit kämpfen.» (Prawda», 10. 6. 1976)* Also Rückkehr zur alten Linie. Moskau wünscht westliche Geldgeber nur für kommunistische Staaten.

Interessant sind die Stellungnahmen der französischen KP.

Der preiswerte neue Bildband

Das Schweizer Haus



Text von Paul Leonhard Ganz. Photos von Michael Wolgensinger. Grossformat, 176 Seiten. 93 farbige und 41 schwarzweisse Abbildungen. Leinen, Fr. 46.—

Neu im Verlag Huber

Anlässlich des Konsultativtreffens der kommunistischen Parteien Europas in Warschau (16. bis 18. 10. 1974) plädierte Jean Kanaba, Leiter der Auslandabteilung im ZK der KPF, für die Einberufung einer neuen kommunistischen Weltkonferenz, «auf der diese Parteien, ihre Rolle als Avantgarde erfüllend, gemeinsam allgemeine Rahmen des künftigen Europas, um das wir heute kämpfen, zeichnen würden». Er bezeichnete den Kampf gegen die Nato als eine kommunistische Aufgabe, da die Nato die Rolle «des Gendarmen der Völker» ausübe. (IB, Nr. 19/20 1974)

Generalsekretär Marchais warf in seiner Rede auf dem 25. KPdSU-Kongress in Moskau der gegenwärtigen französischen Regierung vor, sie habe Frankreich zur Nato zurückgebracht. («Prawda», 29. 2. 1976)

Einige Monate später, auf der Berliner Kommunistenkonferenz, äusserte sich Marchais hingegen für die weitere Nato-Mitgliedschaft Frankreichs, und zwar bis zur Auflösung sowohl der Nato als auch des Warschau-Paktes:

«Unsere Partei trägt zu diesem Kampf (nämlich Kampf für den Sozialismus auf friedlichem Wege) bei, indem sie entschlossen für eine andere französische Politik, eine Politik des Friedens, der Sicherheit und breiter Zusammenarbeit wirkt. Ihr Hauptziel, so sagen wir, sollte darin bestehen, die Entspannung zu vertiefen und die Rüstungen bei gleicher Sicherheit zu reduzieren. Sie sollte ebenfalls eine Politik der Initiativen zugunsten der Ueberwindung und schliesslichen Auflösung der antagonistischen Blöcke sein. Solange diese Perspektive nicht erreicht ist, wird Frankreich unter Respektierung seiner Bündnisse Mitglied der Nato bleiben. Dessen ungeachtet wird es seine Entschlossenheit bekunden, gegenüber jeglichem poliisch-militärischen Block seine Unabhängigkeit zu wahren. Bei internationalen Verhandlungen wird es sich nach dieser Orientierung richten.» (Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

Die KPF ist also für das Verbleiben in der Nato, um gegen die Nato, für ihre Auflösung, zu kämpfen! Berlinguer und die Portugiesen haben

dies nicht so deutlich gesagt, aber natürlich haben auch sie eine solche Politik vor Augen. Und wenn die Nato einmal untergeht, kann sich Westeuropa kaum mehr halten, selbst wenn der Warschauer Pakt ebenfalls aufgelöst wird. Wie die sowjetische Fachliteratur (die juristische Zeitschrift «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo») selber anerkennt, garantiert das Netz von über 30 bilateralen Verträgen über Freundschaft und gegenseitigen Beistand der Ostblockstaaten nicht nur ein diplomatisches und wirtschaftliches, sondern auch ein militärisches Bündnis. Der Warschauer Block bleibt also auch ohne Pakt ein starker, militanter und aggressiver Block!

Die kleineren KP — diejenigen von Norwegen, Dänemark, Holland und auch die KP Grossbritanniens — sind eindeutig gegen Nato- und EWG-Mitgliedschaft, was sie auf der Berliner Konferenz 1976 denn auch betont haben.

Frontorganisationen

In letzter Zeit wird die Tätigkeit der sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen», der sowjetabhängigen Frontorganisationen, weitgehend aktiviert. Vor allem sieht man das beim Weltfriedensrat und bei der afro-asiatischen Solidaritätsorganisation.

Die Organisation der Solidarität der Völker Asiens und Afrikas (OSNAA) leistete seit 1971 eine besonders grosse Arbeit, wobei ein beträchtlicher Teil ihrer Konferenzen und Seminare direkt in der Sowjetunion, unter der Obhut des Sowjetkomitees für afro-asiatische Solidarität, abgehalten wurde. Die afro-asiatischen Solidaritätskomitees der osteuropäischen Satelliten haben den Rechtsstatus von assoziierten OSNAA-Mitgliedern, und ihre Tätigkeit wird vom Sowjetkomitee «koordiniert». (Vgl. ausführlicher: «Problemy Dalnego Wostoka», Moskau, Nr. 1/1976) Der Weltfriedensrat organisiert gegenwärtig eine neue Unterschriftenaktion im Interesse des Friedens nach sowjetischer Auslegung («gerechter Frieden»). Anfang Juni wandte er sich mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit: «Der Weltfriedensrat ruft alle Regierungen und Parlamente, alle gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen, die sich für Frieden einsetzen, alle politischen Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, religiösen, sozialen und kulturellen Organisationen, die den Fortschritt der Menschen erstreben, dazu auf, ihre Kräfte für einen neuen weltweiten Angriff auf die Rüstungsjagd zusammenzuschliessen.» («Prawda», 5. 6. 1976)

(Eine gute Idee; mit dem Angriff auf die sowjetische Rüstung wäre anzufangen, aber leider kommt das dem Weltfriedensrat nicht in den Sinn, der gegen die Militarisierung im Friedenslager nichts einzuwenden hat.)

Der Weltfriedensrat und andere «Transmissionsriemen» organisieren noch in diesem Jahr mehrere Friedensveranstaltungen in Europa, unter denen die Moskauer Konferenz (die Fortsetzung der im Herbst 1973 abgehaltenen Moskauer Weltkonferenz der friedliebenden Kräfte) die wichtigste sein wird.

Vom 14. bis 20. Mai 1976 wurde in Moskau ein Treffen der Vertreter von 20 «internationalen nichtstaatlichen Organisationen» sowie der Vertreter von politischen Parteien, Gewerkschaften, religiösen und kulturellen Organisationen, Parlamentariern usw. abgehalten. Man beschloss, ein «Weltforum der friedliebenden Kräfte» zwischen dem 13. und 15. Dezember 1976 in Moskau abzuhalten. Die Vorbereitung des Forums ist offen für alle, die für Frieden interessiert sind — heisst es im Aufruf an die Weltöffentlichkeit zur Vorbereitung dieser Konferenz. Natürlich werden hier nur die Befürworter des sowjetisch interpretierten «gerechten Friedens» erwartet und begrüsst. Gleichzeitig organisiert Moskau durch seine Anhänger die «Weltkonferenz für die Einstellung der Rüstungsjagd, für Abrüstung und Entspannung», die zwischen dem 23. und 26. September in Helsinki stattfinden wird. («Prawda», 18. 5. 1976)

Militär-Expansion

Parallel mit dem Friedenskampf geht aber auch der gewaltsame Export der «Revolution». Diesmal war Kuba das Instrument dieser Ausfuhr. Die militärische Invasion in Angola wurde von Castro damit gerechtfertigt, dass die Imperialisten nach dem 23. Oktober 1975 in Angola einen Blitzkrieg gegen die MPLA führen und eine von ihnen abhängige Regierung einsetzen wollten. «Diese Blutkriegsstrategie ist gescheitert, nicht zuletzt dank der kubanischen Unterstützung», sagte Castro an einer Pressekonferenz in Havanna. (IB, Nr. 3/4 1976)

In einer äusserst wichtigen Rede zu Ehren des 15. Jahrestages des «Sieges über die imperialistischen Söldner» betonte Castro:

«Der Sieg in Angola gehört zu den glänzendsten Geschehnissen der Geschichte der Befreiungsbewegungen in Schwarzafrika. Kuba begann auf Ersuchen der MPLA hin, Angola Hilfe zu leisten. (...) Den Beschluss, Angola militärisch zu helfen, fasste Kuba selbständig. Die Sowjetunion hat sich niemals mit einer solchen Bitte an Kuba gewandt; einen Entscheid darüber konnte nur unsere Partei (nicht der Staat!) treffen.» («Prawda», 21. 4. 1976)

Die wichtigste Äusserung Castros zur angolischen Frage erfolgte jedoch im Zusammenhang mit der feierlichen Begehung des 15. Jahrestages der Gründung des kubanischen Innenministe-

(Fortsetzung auf Seite 22)

Zeitprobleme - Geschichte

Hans Rudolf Ehrbar: Schweizerische Militärlpolitik im Ersten Weltkrieg

Die militärischen Beziehungen zu Frankreich vor dem Hintergrund der schweizerischen Aussen- und Wirtschaftspolitik 1914-1918. 1976, 380 Seiten, broch., Fr./DM 39.-

J. Erpf (Herausgeber): Das grosse Buch der Polizei

Beiträge von P. Sommer, P. Müller, J. Wiedmer und F. Kaschowski; Abbildungen von P. Müller, E. Rieben u. a. 1976, 208 Seiten, über 190 z. T. ganzseitige Abbildungen, davon 12 farbig, geb., Fr./DM 58.-

Hans Ulrich Jost: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914-1918

1973, 206 Seiten, broch., Fr./DM 38.-

Heinz Ochsenbein: Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914-1918

Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz. 1971, 349 Seiten, broch., Fr./DM 36.-

Daniel Thürer: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Mit einem Exkurs zur Jurafrage. 1976, 256 Seiten, broch., Fr./DM 49.-

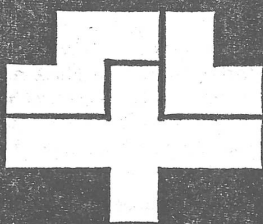
In allen Buchhandlungen erhältlich.



Verlag Stämpfli & Cie AG, Bern

Postfach 2728, CH-3001 Bern

Für alle Bankgeschäfte



Spar + Leihkasse
in Bern

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 221351

Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

Moskauer Sommer

Ein Bericht
3. Auflage 1965, 111 Seiten, broschiert,
9,80, ISBN 3 85913 023 4

Mihajlo Mihajlov

Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22,85
ISBN 3 85913 045 5

Nigel Grant

Schule und Erziehung in der Sowjetunion

1966, 239 Seiten, Pappband, 12,80
ISBN 3 85913 027 7

Friedrich Salzmann

Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16,80
ISBN 3 85913 033 1

Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion.
Aus dem Russischen von G. Bruderer.
1967, 142 Seiten, broschiert, 7,80
ISBN 3 85913 029 3

Peter Parker

Vietnam — wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld
der drei Grossmächte
1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34,20

Chien-jen Chen

Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

Als Manuskript gedruckt
1972, 200 Seiten, laminiertes Paper-
back, 36,-, ISBN 3 85913 076 6

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI

Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Die grosse Bündnisphase

(Fortsetzung von Seite 21)

riums. In dieser Rede hat er nämlich klipp und klar anerkannt, dass Kuba nach Angola nicht nur militärische Einheiten, sondern auch Einheiten des Innenministeriums, d.h. der kubanischen KGB, entsandt habe. Im Zusammenhang mit der internationalistischen Einstellung der Politoffiziere sagte Castro:

«Dort (in Angola) kämpften, zusammen mit den Soldaten der revolutionären Streitkräfte (Kubas), auch die Soldaten und Offiziere der Einheiten des Innenministeriums. Es wäre absurd vorauszusetzen, dass unsere Einheiten ewig dort bleiben. Auf Ersuchen der Regierung der Volksrepublik Angola wurden sie dorthin geschickt, um das brüderliche angolische Volk gegen die Aggressoren zu verteidigen. Nach Erfüllung ihrer Aufgaben werden sie stufenweise aus Angola abgezogen, in Uebereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen den Regierungen von Angola und Kuba.» («Prawda», 8. 6. 1976)

Die Politeinheiten sind aber bis heute dort tätig, weil sie bei Säuberungen und vor allem bei der Errichtung des angolischen Sicherheitsdienstes helfen müssen.

Die sowjetische Partei und mit ihr die gesamte kommunistische Bewegung tritt heute für die

friedliche Koexistenz und für Entspannungspolitik auf. Gleichzeitig gibt es aber Meinungen, dass diese Entspannungspolitik die Aufmerksamkeit der Parteien vom Klassenkampf und von der Revolution ablenke. Die Proteste gegen solche Stimmen hat die «Prawda» veröffentlicht. So protestierte in Moskau der Vorsitzende der KP Dänemarks dagegen, dass Entspannungspolitik, Revolution und Klassenkampf als Begriffe erwähnt würden, die einander gegenseitig ausschliessen. («Prawda», 4. 3. 1976)

Die Moskauer Zeitschrift «Neue Zeit» veröffentlichte (Nr. 5/1976) einen Artikel unter dem Titel «Ist eine neue Spannungsdiskussion nötig?» Auch ein «Prawda»-Berichterstatte ging auf diese Frage ein und zitierte Breschnew, um die Zusammengehörigkeit von Entspannung und Klassenkampf, um die Förderung des nationalen und internationalen Klassenkampfes durch die Entspannungspolitik unter Beweis zu stellen. Breschnew sagte nämlich auf dem 25. Kongress seiner Partei:

«Es ist absolut klar, dass sich die Entspannung und die friedliche Koexistenz auf die zwischenstaatlichen Beziehungen beziehen. (...) Die Entspannung kann und wird die Gesetze des Klassenkampfes nicht ablösen oder ändern.» («Prawda», 25. 3. 1976)

Die Entspannungspolitik wird also nur auf staatlicher Ebene geführt; die Parteien dürfen von ihr in ihrer Arbeit für Klassenkampf und für Revolution nicht behindert werden. Laszlo Revesz

Chile: Symptom für Europa

Drei Jahre nach dem gewaltsamen Umsturz vom 11. September 1973 in Chile ist das Tabu, das sich um das gescheiterte marxistische Volksfrontexperiment und seinen unglücklichen Protagonisten Salvador Allende in der vom Linksintellektualismus gelenkten öffentlichen Meinung Mitteleuropas gebildet hat, immer noch nicht durchbrochen.

Vor einem Jahr hatten wir (ZB Nr. 18/1975) auf den für die geistige Lage in der Bundesrepublik bezeichnenden Fall des inzwischen verstorbenen SPD-Abgeordneten Fr. Beer mann hingewiesen. Er war von seiner eigenen Partei gemässregelt und mit Ausschluss bedroht worden, weil er es gewagt hatte, die parteioffizielle Doktrin über den Musterdemokraten und «bis zuletzt verfassungstreuen» Präsidenten Allende auch nur zur Diskussion zu stellen.

Mittlerweile hat die Allende-Idolatrie auf bundesdeutschem Boden ein zweites Opfer gefordert: Prof. L. Bossle, den Verfasser des vor einem Jahr erschienenen und hier angezeigten Buches «Allende und der europäische Sozialismus». Hauptanliegen dieser Studie, die sich voll auf den Boden der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik stellt und ausdrücklich vom Regime der Junta distanziert, war es, das offizielle Allende-Bild der sozialistischen Parteien Europas aus dem Stadium der ideologisch festgefahrenen Hymnik in das der kritischen Diskussion über das Verhältnis von demokratischer Rechtsstaatlichkeit und sozialistischem Programm zu führen. Was der Autor statt dessen erntete, war — neben dem üblichen Schweigen von Presse und Medien und einer dazu komplementären Pauschalbeschimpfung durch die zur Diskussion aufgeforderten Kreise — nichts Geringeres als eine vom Kreisverband der SPD Lörrach an das badische Kultusministerium

gerichtete Anfrage, ob ein Hochschuldozent, der sich gestatte, Salvador Allende in bestimmten Aspekten mit Adolf Hitler zu vergleichen oder in dessen Regierung Züge einer sozialistischen Diktatur zu entdecken, nach den Grundsätzen des Radikalenerlasses (sic) noch berechtigt sei, ein Lehramt an einer deutschen Hochschule auszuüben.

Difficile est satiram non scribere, möchte man mit dem römischen Satiriker Juvenal am liebsten über diese grotesk-absurde Kurzschlussreaktion deutscher Sozialisten auf Bossles kritisches (in manchem wohl anfechtbares) Bild des marxistisch-leninistischen Präsidenten im fernen Chile schreiben — würde sich darin nicht eine Geisteshaltung spiegeln, die für die politische Szene Deutschlands charakteristisch ist und für die Zukunft — in Erinnerung an schon einmal dort Erlebtes — nur ominös wirken kann: nämlich der fatale Hang dazu, in der politischen Auseinandersetzung an die Stelle kritischer Diskussion den Keulenschlag des ideologisch verfahrenen Pauschalurteils und des Rufmordes zu setzen.



In der Chile-«Diskussion» ist es jedenfalls in Deutschland — und weitgehend auch im deutschsprachigen Mitteleuropa — bis heute so geblieben, dass jeder, der an den von der Linken global zum demokratischen Musterknaben erklärten «chilenischen Weg zum Sozialismus» den Massstab historischer Kritik vom Standpunkt des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates anzulegen wagt, kurzweg als «Faschist» verleumdet wird (das Wort Nationalsozialist wird gerne vermieden, da es zu stark an die sozialistische Wurzel und Komponente des Faschismus erinnert): Wer nicht bedingungslos für Allende ist, muss eo ipso ein begeisterter Anhänger Pinochets sein, auch wenn er sich über diesen überhaupt nicht oder nur negativ äussert.

Mittels der Erpressung durch diesen latenten Rufmord ist bisher auf deutschsprachigem Gebiet jede ernsthafte, sachliche Diskussion über die wirklichen Ereignisse während der dreijährigen marxistischen Volksfrontregierung Allendes und damit über die